



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Anpfiff an bayerischen Schulen

Die „Verfassungsviertelstunde“ kommt

ab Seite 6

Inklusion

Brauchen wir mehr Inklusion an Schulen und mehr gesellschaftliche Teilhabe? Schülerinnen und Schüler stellen sich diesen Fragen und diskutieren Wege.

Seite 23

Südafrika

Zum 30-jährigen Jubiläum der ersten freien Wahlen in Südafrika etabliert sich eine neue Ära am Kap, die erneut einen Leuchtturmcharakter haben könnte.

Seite 36

Erinnerungskultur

Was sind die aktuellen Herausforderungen, vor denen Gedankstätten stehen? Vertreterinnen und Vertreter im Austausch in Tutzing.

Seite 38



AKADEMIEGESPRÄCH

- 4** „Wer Grenzen mit Waffen verschieben kann, wird das wieder tun“

VERFASSUNGSVIERTELSTUNDE

- 6** Nur eine Viertelstunde?
9 Verfassungspatriotismus, was sonst
11 Grundsätze der Demokratie

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 16** Hasskriminalität als gesellschaftliches Phänomen
20 Ernste Themen spielerisch bearbeiten
23 Brauchen wir mehr Inklusion an Schulen und gesellschaftliche Teilhabe?
26 Wie politisch sind ChatGPT & Co.?
28 Pionierinnen in der Politik



Hasskriminalität als gesellschaftliches Phänomen

INTERNATIONALE POLITIK

- 30** Hommage an das (Süß-) Wasser
32 Wertegeleitete Außenpolitik? Endstation Sahel
34 Ukraine, Moldau, Georgien: die Zukunft der Osterweiterung
36 Eine neue Ära am Kap
40 Podiumsdiskussion zur Europawahl
41 Putins Freunde in Asien



Eine neue Ära am Kap

ERINNERUNGSKULTUR

- 38** Marienerscheinung in der Gedenkstätte?

AKADEMIE INTERN

- 29** Namen und Nachrichten
29 Cartoon
42 Digitalisierung(sprojekte) innerhalb der Akademie
44 Die Direktorin
44 Impressum

TITELABB.: iStock_Hanasaki, Retusche: Jakob Zapf



Blick über den See



„Zählen allein genügt nicht“. Diesen Hinweis gebe ich in Vorträgen häufig und meine damit, dass unser Grundgesetz den Gestaltungsspielraum jeder Regierung einschränkt, egal wie groß deren parlamentarische Mehrheit ist. Die Grund- und Menschenrechte, aber auch die Vorkehrungen über die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland wirken machtbegrenzend. Das war und ist eine kluge Festlegung. Was die Mütter und Väter des Grundgesetzes als Elemente zur Verhinderung von Machtkonzentration erarbeiteten, wurde im Zuge des großen Konstitutionalisierungsschubs seit Anfang der 1990er Jahre zum einen in den mittelosteuropäischen Staaten, zum anderen in der EU zum maßgeblichen Modell erhoben. In seinem neuen Buch „Unter Beobachtung“ weist der Politikwissenschaftler Philip Manow darauf hin, dass die hohe Wertschätzung, die die „liberale“ Demokratie erfährt, wegen der damit einhergehenden Überhöhung rechtsstaatlicher Absicherungen vermehrt auf Widerstand stößt. Zum einen geben die postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropas, zu denen er

auch die fünf ostdeutschen Länder zählt, ihre neu erlangte Selbstbestimmung ungern an die Europäische Union ab. Zum anderen finden diejenigen politischen Kräfte immer mehr Zulauf, die die Einhegung parlamentarischer Mehrheiten durch unpolitische Institutionen wie z.B. Verfassungsgerichte oder die Europäische Zentralbank nicht als Absicherung und kluge Einbettung in eine supranationale Organisation interpretieren, sondern als vorgeblich undemokratische Übergriffigkeit.

Auch wenn es angesichts deutscher Diktaturerfahrungen sehr gute Gründe gibt, diese rechtliche Einhegung politischer Mehrheiten zu befürworten, lohnt sich die Befassung mit dieser Sicht. Sie trägt nämlich auch zu den aktuellen Erfolgen der extremistischen Parteien in den europäischen Staaten bei. Das zentrale Element jeder Demokratie sind Wahlen. Wer den Eindruck hat, dass diese schon deshalb nichts ändern, weil die großen Linien verrechtlicht und damit der politischen Willensbildung entzogen sind, wendet sich womöglich ab vom demokratischen System.

Dieser Zusammenhang beschäftigt uns in unseren Tagungen, den Publikationen und natürlich auch den Vorträgen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

SIGMAR GABRIEL BEIM AKADEMIEGESPRÄCH IM BAYERISCHEN LANDTAG

„Wer Grenzen mit Waffen verschieben kann, wird das wieder tun“

Über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die Zeitenwende in der Wirtschaft und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen hat Sigmar Gabriel, ehemaliger deutscher Wirtschafts- und Außenminister sowie aktueller Vorsitzender der Atlantik-Brücke, mit Melissa Eddy von The New York Times und Constanze Stelzenmüller von der Brookings Institution diskutiert.


Zum Akademiegespräch im Bayerischen Landtag hatten Akademiedirektorin Ursula Münch und Landtagspräsidentin Ilse Aigner eingeladen. „Man kann sich vorstellen, wo die Ukraine heute stünde, wenn sie nur von Europa unterstützt würde. Ohne die USA sind wir nicht in der Lage, uns selbst und Nachbarländer zu verteidigen“, sagt Sigmar Gabriel. Er gibt zu, dass er zu der Generation von Politikerinnen und Politikern gehöre, die Russland falsch eingeschätzt hätten. Jetzt wünscht er sich ein deutlich härteres Vorgehen gegen Putin. „Wir wollen an einen Punkt kommen, wo Russland keine Gefahr für die europäische Sicherheit ist“, sagt Gabriel. Es gehe nicht nur um die Ukraine, sondern auch um uns. „Wenn ein Land Grenzen mit Waffen verschieben kann, wird es das wieder tun“, ist er überzeugt. Zwar glaubt er, dass der Krieg irgendwann am Verhandlungstisch enden werde, von der deutschen Diskussion, ob die Ukraine Teile ihres Territoriums abgeben solle, hält er dennoch nichts.

Gemeinsame europäische Verteidigungsausgaben

Vielmehr wünscht er sich eine ehrliche Debatte über höhere Verteidigungsausgaben. Das von der NATO geforderte Ziel von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung reicht ihm für die Sicherheit Europas nicht. „Wir brauchen eher drei bis vier Prozent“, sagt Gabriel. Erreichen will er diese Steigerung mit Schulden, die er damit begründet, dass ein Sieg Putins Deutschland und Europa wesentlich teurer zu stehen käme.

Er plädiert für gemeinsame Ausgaben in die europäische Verteidigung, wie sie auch der französische Staatspräsident Emmanuel Macron fordert. Am liebsten würde er das Geld nicht in die Bundeswehr, sondern direkt in die Stärkung der NATO-Ostflanke investieren. In den USA stoße Deutschlands geringer Verteidigungshaushalt häufig auf Unverständnis, weiß Melissa Eddy, die als Korrespondentin für The New York Times in Berlin arbeitet. Den Menschen sei bewusst, dass Deutschland ein reiches Land ist und selbst kleinere NATO-Mitglieder mehr in ihr Militär investieren.

Zeitenwende in der Weltwirtschaft

Die viel zitierte Zeitenwende vermisst Sigmar Gabriel nicht nur mit Blick auf die Verteidigung, sondern auch in Sachen Wirtschaft. Es fehle eine geopolitische und geoökonomische Strategie in Europa. Denn während Deutschland beispielsweise diskutiere, ob lateinamerikanische Staaten für Freihandelsabkommen europäische Umweltstandards erfüllen müssen, hat China längst Abkommen mit diesen Ländern geschlossen. Constanze Stelzenmüller von der Brookings Institution in Washington D.C., beobachtet in wirtschaftlicher Hinsicht eine Tendenz zur Renationalisierung. Einen enormen Wirtschaftsmotor sieht sie in einem möglichen EU-Beitritt und Wiederaufbau der Ukraine. Bis dahin sei es aber noch ein langer Weg. „Und wir haben keine Vorstellung davon“, gibt sie zu. 

Beate Winterer



Constanze Stelzenmüller (Center on the United States and Europe), Melissa Eddy (The New York Times), Sigmar Gabriel (Bundesminister a.D.), und Ursula Münch (Direktorin der Akademie) sprechen über eine gefährdete Verlässlichkeit.



Sigmar Gabriel, Bundesminister a.D. und Vorsitzender der Atlantik-Brücke, spricht beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen nach der US-Präsidentenwahl.



Eine Diskussionsrunde vor aufmerksamem Publikum.

Fotos: Bildarchiv Bayerischer Landtag / Lennart Preiss

DIE „VERFASSUNGSVIERTELSTUNDE“ AN BAYERISCHEN SCHULEN

Nur eine Viertelstunde?

Im Schuljahr 2024/2025 startet in Bayern an öffentlichen Schulen die „Verfassungsviertelstunde“. Ein griffiger Begriff, doch wird er dem übergreifenden Charakter des Verfassungsrechts gerecht?

Viertelstunde zielt auf Vollzeit

Herrenchiemsee wirkt bis heute

Grundrechte

Freiräume für Interessen

Anpfiff

an bayerischen Schulen

Wer erzieht denn nun?



Im Koalitionsvertrag haben CSU und Freie Wähler vereinbart, mit der „Verfassungsviertelstunde“ ein wöchentliches Format zu Stärkung von Verfassungswerten an bayerischen Schulen zu schaffen. Wie diese genau aussehen wird, lag zunächst im Dunkeln. Doch im Juni 2024 hat das Bayerische Kultusministerium ein Konzept für die Verfassungsviertelstunde vorgelegt: Anhand aktueller und lebensnaher Beispiele sollen sich die Schülerinnen und Schüler vom neuen Schuljahr an mit zentralen Werten des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung auseinandersetzen. Es geht also insbesondere um die Grundrechte und die Werteprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Laut Kultusministerium ergänzt die Verfassungsviertelstunde als „neues Element der Politischen Bildung das Gesamtkonzept für die Politische Bildung an Bayerns Schulen“ (Link zu den Informationen des Staatsministeriums am Ende des Textes).

Freiräume für Interessen der Schüler

Schulübergreifend beginnt nach den kommenden Sommerferien die Erprobungsphase in ausgewählten Jahrgangsstufen. Die Verfassungsviertelstunde findet prinzipiell in allen Fächern statt, Leistungsbewertungen gibt es nicht, auch sollen die Ergebnisse dokumentiert werden, zum Beispiel durch Poster in Klassenzimmern oder digitale Pinnwände. Es gibt Flexibilität für die Schulen und ausdrücklich Freiräume für die Interessen der Schüler. Wie gesagt: Insbesondere sollen aktuelle Beispiele aufgegriffen werden, gerade dann, wenn sie einen besonderen Bezug zur Lebenswelt der Schüler haben (oben genannte Veröffentlichung des Kultusministeriums, Link siehe Linktipp).

Zu diesen aktuellen Entwicklungen gehört ja nun auch die Einführung der Verfassungsviertelstunde. Durch sie bekommt die Beschäftigung mit der Verfassung über ihre Erwähnung in den Lehrplänen oder im ebenfalls fächerübergreifenden „Gesamtkonzept für die politische Bildung an bayerischen Schulen“ aus dem Jahr 2019 hinaus einen weiteren Platz im Schulleben.

Viertelstunde zielt auf Vollzeit

Bei der Verfassungsviertelstunde geht es letztlich um Verfassungsvollzeit. Denn zu ihren zentralen Anliegen gehört es, die Alltagsbezogenheit und das Übergreifende des Verfassungsrechts deutlich zu machen. Die Verfassung hüllt die Schulen ein wie ein unsichtbarer Schleier – nicht nur eine Viertelstunde lang, sondern den ganzen Tag und die ganze Nacht.

Woran zeigt sich das? Das zeigt sich schon daran, dass das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung vorgeben: Der Staat organisiert die Schulen. Das klingt unspektakulär. Jedoch ist dies eine Folge wichtiger Grundentscheidungen. Diese sind sogar im Grundrechtsteil des Grundgesetzes niedergelegt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“ heißt es in Artikel 7 Absatz 1 GG. Eine entsprechende Formulierung findet sich in Artikel 130 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung

(BV). Es sind trockene Worte – die übrigens kein Grundrecht statuieren. Aber in ihnen spiegelt sich der Verlauf der Schulgeschichte in Deutschland.

Wer organisiert das Schulwesen?

Die Schullandschaft war ab dem 17. Jahrhundert zunächst von Kloster- und Lateinschulen sowie Privatlehrern geprägt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kam es, insbesondere durch Preußen, zu einschneidenden schulpolitischen Veränderungen. Der staatliche Zugriff auf den Schulunterricht wurde verfestigt. Diese Entwicklung findet in Artikel 7 des Grundgesetzes ihren Ausdruck. Denn der Staat – und sonst niemand – wird ermächtigt, das Schulwesen zu organisieren. Alternativen wären ja zum Beispiel kommerzielle Anbieter oder, mit Blick auf die Bildungsgeschichte in Deutschland, die Kirchen.

Fast noch wichtiger: Das Grundgesetz ermächtigt den Staat nicht nur, sondern verpflichtet ihn dazu, ein funktionierendes Schulwesen zu schaffen. Der Staat hat die Regie über die Schulen erhalten und muss dieser Aufgabe auch wirklich nachkommen. Sollte die Politik das Schulwesen zum Beispiel vollständig privatisieren, würde dies dem Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung widersprechen.

Erfahrungen aus Diktaturen

Kann der freiheitlich und demokratisch verfasste Staat in Deutschland sich seine Schulen nun vollständig so durchorganisieren, wie er es möchte? Da blickt das Grundgesetz wiederum auf die Geschichte. Wie läuft es denn in Diktaturen? Die Nationalsozialisten warteten nach der Machtübernahme nicht lange und erließen im April 1933 ein „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“. „Nichtarier“ durften nur noch zu 5 Prozent Schülerinnen oder Schüler einer Schule sein, bei Neueinschulungen wurde „Nichtariern“ eine Zugangsquote von nur 1,5 Prozent eingeräumt.

Was macht nun das Grundgesetz? Es überlässt die Zügel zur Gestaltung des Schulwesens weiterhin dem Staat, eröffnet jedoch aufgrund der historischen Erfahrung auch Möglichkeiten für andere Konzepte.

Privatschulen und Grundrechte

Im vierten Absatz von Artikel 7 des Grundgesetzes heißt es nämlich: „Das Recht zur Errichtung von Privatschulen wird gewährleistet“. Hier soll die Staatsgewalt die Zügel also etwas lockerer lassen. Andere Bildungskonzepte bekommen ihre Chance auf Etablierung. Es geht hier nicht nur um einen Programmsatz, sondern um eine Grundrechtsposition.

Bei genauerem Hinsehen führt das Grundrecht auf Gründung von Privatschulen zu Unrecht ein Schattenda-sein – etwa im Vergleich mit den Artikelnachbarn wie der Meinungsfreiheit in Artikel 5 GG oder dem

Fotos: iStock_Hanasaki

Demonstrationsgrundrecht aus Artikel 8 GG. Im Grundrecht zur Gründung von Privatschulen zeigt sich, wie ehrlich es das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung mit Pluralismus und Räumen für neue Ideen meinen.

Wer erzieht denn nun?

Unmittelbarer Artikelnachbar des Schulartikels 7 ist Artikel 6 des Grundgesetzes. Dieser befasst sich mit Ehe und Familie. Hier geht es unter anderem um das elterliche Erziehungsrecht. An dieser Stelle wird besonders deutlich, dass die Schule ein unmittelbarer Ausdruck des Verfassungslebens ist. Im ersten Satz von Artikel 6 Absatz 2 Grundgesetz heißt es nämlich: „Die Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ Nur, wer erzieht denn nun? Die öffentliche Schule, die Privatschule oder die Eltern?

Es kommt auf den Ausgleich der Verfassungspositionen an, ein weiteres Merkmal unserer Verfassungsordnung. Die Verfassung spielt nicht die eine gegen die andere aus. Sie bemüht sich um einen Ausgleich. Alle Verfassungswerte sollen möglichst stark zur Geltung gebracht werden, auch wenn sie mal miteinander in Konflikt geraten. Das gehört zur Verfassungskultur der Bundesrepublik, die maßgeblich vom Bundesverfassungsgericht geprägt wurde.

Verfassung und Sexualkundeunterricht

Was ist zum Beispiel, wenn die Eltern nicht möchten, dass ihr Kind den Sexualkundeunterricht in Bio besucht? Die Eltern haben nichts weniger als ein Grundrecht in der Hand: das eben beschriebene elterliche Erziehungsrecht. Das ist natürlich ein Pfund. Um dem etwas entgegenzusetzen, benötigt die Schulverwaltung, die den Sexualkundeunterricht in den Lehrplan geschrieben hat, auch einen Verfassungswert. Und hier kommt die staatliche Schulorganisationsgewalt aus dem besagten Artikel 7 Absatz 1 GG ins Spiel (siehe oben). Diese ist zwar kein Grundrecht, jedoch der benötigte Verfassungswert. Jetzt haben wir eine Kollision zwischen dem Erziehungsgrundrecht der Eltern und dem Verfassungswert der Schulorganisation.

Im Sinne der Einheitlichkeit ging es vor dem Bundesverfassungsgericht beim Sexualkundeunterricht zugunsten des Biolehrplans aus. Jedoch muss die Sexualerziehung in der Schule „Rücksicht nehmen auf das natürliche Erziehungsrecht der Eltern und auf deren religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, soweit diese für das Gebiet der Sexualität von Bedeutung sind“ (BVerfGE 47,46). Das elterliche Erziehungsgrundrecht ist hier also nicht der große Verlierer, sondern hat begrenzenden Einfluss auf den Umfang der schulischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Verfassungsrechtliche Spielwiese Schule

Dies ist nur ein Beispiel für die verfassungsrechtliche Spielwiese Schule, die die Verfassung eröffnet hat. Ein anderes Exempel ist der Religionsunterricht, der gemäß Artikel 7 Absatz 3 GG Pflichtfach ist. Gerade an dieser Hervorhebung

des Religionsunterrichts zeigen sich die besonderen politischen und gesellschaftlichen Umweltbedingungen zur Zeit der Entstehung des Grundgesetzes, insbesondere der Einfluss der Kirchen. Im Gegenzug zur verfassungsrechtlichen Sicherung von Religion als Pflichtfach wurde den Ländern eine föderale Freiheit zur Gestaltung der Schulpolitik eingeräumt. So überlässt die Bayerische Verfassung die Entscheidung zur Teilnahme am Religionsunterricht dem Elternwillen oder dem Schüler ab dem 18. Lebensjahr (Artikel 137 BV). Für diese Fälle muss ein Ethikunterricht eingerichtet sein.

Grundrechte der Schüler

Beim Thema Schule hält der Staat eine Verfassungsposition für die Organisationsregie in den Händen. Gleichzeitig räumt das Grundgesetz den Eltern der Schülerinnen und Schüler eine Grundrechtsposition zur Erziehung ihrer Kinder ein. Mit ins Spiel kommt zudem der Föderalismus des Grundgesetzes, der das Schulsystem in Deutschland maßgeblich prägt. Was fehlt noch? Die Schülerinnen und Schüler haben natürlich auch Grundrechtspositionen, so wie die Erwachsenen auch. Diese verfassungsrechtliche Gemengelage ist Ausdruck eines Geistes aus längst vergangenen Zeiten.

Herrenchiemsee wirkt bis heute

Die Erfahrungen und Debatten zur Vorbereitung des Grundgesetzes im Konvent von Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat wirken bis in die heutige Zeit hinein. Die Verfassungsviertelstunde eröffnet neue Möglichkeiten, diesen umhüllenden Geist unseres Staatswesens und unserer Gesellschaftsordnung präsent zu halten. So wäre es für die Verfassungsviertelstunde sicherlich spannend, die besonders interessanten Grundrechte der Schülerinnen und Schüler für ihren Schulbesuch herauszuarbeiten. Aber das sollen sie selbst entscheiden.



Gero Kellermann

Linktipp:



Informationen des Staatsministeriums
bit.ly/Verfassungsviertelstunde

EINE WORTSCHÖPFUNG ALS KONSENSFORMEL POLITISCHER BILDUNG?

Verfassungspatriotismus, was sonst

Vielleicht ist es auch ein Stichwort für politische Bildung.“ Bereits Dolf Sternberger, der Schöpfer des Begriffs „Verfassungspatriotismus“, gab diese Lösung für sein Konzept aus. Und er tat es just beim Festakt zum 25-jährigen Bestehen der Akademie für Politische Bildung im Jahr 1982.

Als Geburtsstunde der Wortschöpfung gilt jedoch ein Beitrag Sternbergers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 27. Januar 1970, in dem er das Wort „Verfassungspatriotismus“ erstmals nutzte. Schon unmittelbar nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus hatte der Politikwissenschaftler versucht, die Rehabilitation des Vaterlandsbegriffs an eine zentrale Bedingung zu knüpfen: Akzeptanz könne das Vaterland nur beanspruchen, wenn es Freiheit und Rechte seiner Bürger garantiert: „Es gibt kein Vaterland in der Despotie“. Die Verbindung von Patriotismus und demokratischer Republik griff Sternberger später noch häufiger auf. Doch eine breite Öffentlichkeit erreichte er erst mit einem FAZ-Leitartikel, dem er am 23. Mai 1979 den prägnanten Titel „Verfassungspatriotismus“ gab. Der Beitrag war aus Anlass des 30. Jahrestages eine Würdigung des noch jungen Grundgesetzes. Angesichts der deutschen Teilung bleibe das Nationalgefühl verwundet, schreibt Sternberger: „Aber wir leben in einer ganzen Verfassung, in einem ganzen Verfassungsstaat, und das ist selbst eine Art von Vaterland“.

Sternbergers Festrede

Drei Jahre später gelangte der Begriff endgültig zum Durchbruch: Sternberger hielt den erwähnten Festvortrag, wieder lautete der Titel „Verfassungspatriotismus“. Aber diesmal wurde Sternberger deutlicher. Allein der Umfang der Rede beträgt das Fünffache des Zeitungstextes. Und doch erklären die einzelnen konkreten Bestimmungen kaum das Streitpotenzial und die Unmengen bedruckten Papiers, die die Deutungsversuche anschließend füllten. Sternberger glaubte sogar an eine Art Selbstevidenz seiner Begriffsbildung: „Es ist ein einziges Wort“ und dieses „eine Wort ‚Verfassungspatriotismus‘ enthält eigentlich schon alles, was ich zu sagen habe.“ Anders als es die späteren Auseinandersetzungen vermuten lassen, ist der Kerngedanke in der Tat vergleichsweise einfach. Er entspricht

Fotos: ©Bayerische Schlösserverwaltung,
Jörg Siegmund

Sternbergers schon früher artikulierter Überzeugung, wonach Zustimmung zur staatlichen Ordnung nicht allein auf einer geschichtlich gewachsenen Schicksals- und Erlebnisgemeinschaft beruhen kann. Ein modernes Gemeinwesen werde in erster Linie zusammengehalten durch den rationalen Willen der Bürger und die Symbolkraft einer Verfassung, die die Wahrnehmung von Freiheits- und Partizipationsrechten garantiert. Entscheidend ist, dass Sternberger seinen Verfassungspatriotismus nicht auf das nüchterne, juristische Dokument „mit allen seinen 146 Artikeln“ bezog, sondern auf die gelebte Verfassungswirklichkeit. Zu deren zentralen Elementen, die berechtigterweise Loyalität verdienen, zählt Sternberger etwa eine kontrollierte Regierung, gesetzliche Verwaltung, unabhängige Gerichtsbarkeit, gesellschaftlichen Pluralismus und eine bürgerliche Freiheit, die durch ein staatliches Gewaltmonopol gesichert werde. Sternbergers Konzept ist zudem weder ahistorisch noch wertfrei. Die frei-

heitlich-demokratische Grundordnung gilt ihm als einzig angemessene Form, um der Fähigkeit des Menschen zu bürgerschaftlicher Selbstregierung Rechnung zu tragen. Sternberger verweist zudem auf die Existenz einer Art Verfassungspatriotismus lange bevor der Patriotismus sich auf den Nationalstaat fixiert habe. Und bis heute zeigten die Beispiele Schweiz und USA, dass ein moderner Verfassungsstaat Loyalität, ja Zuneigung wecken und bewahren könne. Die Schweiz mit ihren vier Sprachgemeinschaften sei keine Nation und werde wie die USA ausschließlich durch die patriotischen Gefühle zusammengehalten, die der Verfassung entgegengebracht werden.

Auch mit Blick auf die Bundesrepublik geht Sternberger von einer breiten Identifikation mit der demokratischen Ordnungsidee aus. Für den Fall, dass es tatsächlich zum Schwur zwischen Demokratie oder Nation kommen sollte, gilt ihm die Formel „Keine Einheit Deutschlands auf Kosten der Freiheit“ gleichsam als Staatsräson und damit als Beleg für die konkrete Existenz und Wirksamkeit eines verfassungspatriotischen Konsenses.

Sternbergers Wortschöpfung begleitete in der Folge eine Reihe bedeutender Kontroversen. Im sogenannten „Historikerstreit“ war der Begriff ebenso präsent wie in der Verfassungsdebatte der deutschen Wiedervereinigung. Gleiches gilt für die Auseinandersetzungen um eine „deutsche Leitkultur“ oder die Diskussionen rund um den letztlich gescheiterten europäischen Verfassungsprozess.



Die Begriffsprägung war zunächst vor allem in der Bundesrepublik auf fruchtbaren Boden gefallen. Während die DDR-Führung auf „Klassenbewusstsein“, proletarischen Internationalismus und Antifaschismus setzte, vermochte im Westen allenfalls die ökonomische Erfolgsgeschichte eine Art kollektive Einheit zu stiften. Die Situation des geteilten Landes stand einer national gefärbten Identitätsstiftung jedenfalls entgegen. Vor diesem Hintergrund galt der Begriff geradewegs als „geniale“ Erfindung (G. Buchstab), um das komplizierte Staatsverständnis auf eine griffige Formel zu bringen. Richard von Weizsäcker urteilte 1987 sogar, Sternbergers Begriff formuliere angesichts der verfassungsstaatlichen Geschichte gleichsam „die Selbstverständlichkeit einer Wahrheit“. Doch mit dem breiten Konsens war es alsbald vorbei.

Im polemischen Strudel des Historikerstreits

Jürgen Habermas, bei dem der Begriff die produktivste Rezeption erfuhr, platzierte sein Verständnis just am Beginn des „Historikerstreits“. In dessen Verlauf wurde er selbst jedoch zu einer Art rotem Tuch für viele konservative Intellektuelle. Und damit geriet auch der Begriff zum Zankapfel einer erbittert geführten Auseinandersetzung. Habermas vermutete bei einem Teil der deutschen Historikerkunft den Versuch, die moralische Katastrophe des NS-Regimes auf die Einzigartigkeit einer technischen Innovation herabstufen zu wollen. Neben der Singularität der NS-Verbrechen entbrannte der Streit rasch auch um Begriffe wie Vaterland, Identität, Verfassung und Nation. Habermas knüpfte seine Rezeption quasi konstitutiv an den Imperativ einer kritischen Vergangenheitsbewältigung: „Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist der Verfassungspatriotismus. Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz bilden können.“ Habermas gab dem Begriff damit zugleich eine postnationale Tendenz, er deutete ihn als Symptom einer grundsätzlichen Veränderung nationaler Identität in den westlichen Nationen. Das ließ den Terminus sogar im Sinne eines „europäischen Verfassungspatriotismus“ anschlussfähig erscheinen. Vor allem aber war er inmitten eines ideologisch aufgeladenen Konflikts gelandet. Habermas' Einlassungen riefen eine Vielzahl von Kritikern auf den Plan. Seine Gegner sahen den Versuch, das „Vaterland“ durch die Verfassung substituieren zu wollen. Als „ätherisches Gebilde“ (H. Lübke), „Professorenfiktion“ (H.-P. Schwarz) und „emotional armes, rationales Konstrukt“ (K.-R. Korte) wurde der Begriff kritisiert. Martin Walser spottete gar: „Das Wort riecht nach dem Abfindungslabor, aus dem es stammt.“ Der

Verfassungspatriotismus galt nunmehr, auch jenseits von konservativen und nationalpatriotischen Kreisen, als Projekt einer multikulturellen und postnationalen Linken.

Deutsche Wiedervereinigung

Im Kontext der Wiedervereinigung erfuhr die Kontroverse kurzzeitig sogar noch weitere Zustimmung. Habermas hatte 1990 bereits ein Wiedererstarken nationaler Gefühle befürchtet, dagegen betrachteten viele den „Kompromisscharakter“ und „Notbehelf“ eines Verfassungspatriotismus nun für anachronistisch. Nach Vollendung der nationalen Einheit schien der Augenblick gekommen, das rationale Konstrukt endlich durch ein mehr emotionales, in der deutschen Tradition verankertes Nationalbewusstsein zu ersetzen. Dem Begriff wurde erneut vorgeworfen, er sei ein „Schein-Konzept“ (R. Scholz), eine „Kopfgeburt“ (R. Dahrendorf) und ein akademisches „Konstrukt ohne emotionale Bodenhaftung“ (G. Hepp). Stimmen, die im Verfassungspatriotismus eine „Richtschnur für das nationale Selbstverständnis“ (P. Molt) erkannten und neben wirtschaftlichen Aspekten auf die Attraktivität des freiheitlichen Verfassungsstaates als Ursache für den raschen Beitritt der DDR verwiesen (P. Haungs), fanden eher wenig Ge-

hör. Besonders unversöhnlich zeigte sich Josef Isensee, der – nun bereits im Kontext der Leitkultur-Debatte – der deutschen Linken vorwarf, sie hätte sich des Begriffs bemächtigt und zu einem Patriotismus-Ersatz umgedeutet, um sich des Deutschtums zu entledigen.

Beruhigte Debatte

Die harte Frontstellung schwächte sich in den Nullerjahren merklich ab. Die Rede ist inzwischen sogar von einem „weitgehend konsensuellen Verständnis von Patriotismus“ (V. Kronenberg). Die Entwicklung lässt sich unter anderem auf eine Öffnung des linksdemokratischen Lagers gegenüber dem Begriff der Nation zurückführen, etwa aufgrund der rot-grünen Regierungsjahre von 1998 bis 2005 oder den psychologischen Wirkungen des fahnenfröhlichen WM-Sommers 2006. Zugleich war auf liberal-konservativer Seite die Forderung nach einem demokratisch-freiheitlichen Wertekonsens zunehmend mit der Akzeptanz eines multikulturellen Pluralismus verbunden. Hinzu kommt, dass der Verfassungspatriotismus wieder stärker auf seinen Ursprung bei Sternberger zurückgeführt wurde. In der Hochphase gab es Einschätzungen, Habermas habe das Wort zum „Kampfbegriff“ gegen einen nationalen Patriotismus umfunktioniert oder gar „Sternbergers Intention in ihr Gegenteil verkehrt“. Derlei Äußerungen waren stets überzogen.



Habermas hatte zwar auf eine abnehmende Bedeutung des Nationalstaates verwiesen, allerdings den Begriff nie losgelöst von kulturellen und nationalen Traditionen betrachtet. In einem Aufsatz von 2005 näherte er sich sogar noch deutlicher der Position Sternberger an.

Sternberger hatte sich im Kontext des Historikerstreits nicht mehr zu Wort gemeldet. Nur in einem Punkt sah er sich 1987 zu einer Klarstellung gedrängt: Er habe keinen Ersatz für Nationalpatriotismus liefern, sondern darauf aufmerksam machen wollen, dass „Patriotismus in einer europäischen Haupttradition schon immer wesentlich etwas mit Staatsverfassung zu tun hatte, ja dass Patriotismus ursprünglich und wesentlich Verfassungspatriotismus gewesen ist – und freilich auch, dass er es heute in Deutschland noch und wieder sein könnte.“ Der letzte Satz deutet allerdings auch darauf hin, dass Sternberger keineswegs von einem unerschütterlichen verfassungspatriotischen Konsens ausging, sondern diesen vor allem als eine normative Zielgröße im Auge hatte.


Leitprinzip politischer Bildung: Konzept ohne Alternative?

Schon kurz bevor Sternberger 1979 seinen Leitartikel publiziert hatte, war von Manfred Hättich, dem damaligen Direktor der Akademie für Politische Bildung, eine kleine Schrift mit dem Titel "Rationalität als Ziel politischer Bildung" erschienen. Bis heute ist der Grundlagencharakter des Bandes ungebrochen. Unter dem Stichwort „Verfassungskonsens“ formulierte Hättich ganz ähnliche Überlegungen wie Sternberger. Seine zentrale Hoffnung war, dass sich durch die Verfassung ein Minimalkonsens für den politischen Unterricht im Sinne rationaler Urteilsbildung begründen lasse. Später stellte auch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in einem Sammelband die Titelfrage „Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung?“ Und ein Großteil der Autoren war durchaus bereit, das Frage- durch ein Ausrufezeichen zu ersetzen.

Beim Versuch, den Verfassungspatriotismus als konsensuales Leitprinzip politischer Bildung zu positionieren, gibt es zweifellos ein Hindernis: Der Grundkonsens scheint brüchig, vor allem, weil die Vokabel eine derart umstrittene Rezeptiongeschichte aufweist. Lässt man die gelegentlichen Überspitzungen jedoch beiseite, dann ist das Konzept trotz allem in der Lage, von national-konservativen wie linken Demokraten eine gemeinsame Wertesubstanz zu formulieren. Der Begriff geriet vor allem aus Gründen, die die Kernidee nicht selbst zu vertreten hat, in unruhiges Fahrwasser. Der Verfassungspatriotismus ist – das haben gerade seine Kritiker nie infrage gestellt – eine ausgesprochen rationale Kategorie politischer Orientierung. Wer

demnach für Rationalität als Ziel politischer Bildung plädiert, kann kaum widerspruchsfrei gegen einen wohlverstandenen Verfassungspatriotismus argumentieren. Verfassungspatriotismus heißt an erster Stelle, dass es Loyalität nur für einen Staat geben kann und darf, der die grundlegenden Freiheits- und Menschenrechte garantiert. Er dient damit zugleich der Prävention eines Missbrauchs patriotischer Gefühle für anti-demokratische Zwecke. Die Verfassung gegen erklärte Feinde zu verteidigen, hielt schon Sternberger für eine „patriotische Pflicht.“ Die rationale Ausrichtung besitzt gerade vor dem Hintergrund der Migrationsgesellschaft unbestreitbare Vorzüge. Jedes Land, das die Freiheit sichert, kann zum Vaterland werden, so lautete schon zur Mitte des 18. Jahrhunderts die Grundformel beim jungen deutschen Schrift-

steller Thomas Abbt, einem der Pioniere des Verfassungspatriotismus. Das ändert nichts daran, dass der Begriff auch Schwächen besitzt: Ein reiner Verfassungspatriotismus ist mit seinen Bindekräften, zumal in Gestalt des vergleichsweise jungen Grundgesetzes, gewiss überfordert, um alle historischen, ethnischen und kulturellen Identitätsressourcen zu symbolisieren. Vergleichbares gilt allerdings auch für den Nationalpatriotismus, der zudem keine zwingend notwendige Voraussetzung für den demokratischen Prozess im Verfassungsstaat ist.

Der größte Widerstand gegen den Begriff, die Sorge, etwas abgeben oder eintauschen zu müssen, gleicht ohnehin einem Scheinproblem: Verfassungspatriotismus ist kein Konkurrenzkonzept zum Nationalpatriotismus und er substituiert diesen nicht. Er ist auch kein Kampfbegriff, mit dem ein bloß rationales Staatsbürgerbewusstsein an die Stelle eines emotionalen oder ein juristisches an die Stelle eines kulturellen gesetzt werden soll. Verfassungspatriotismus zwingt zu keinerlei Verzicht, nötigt niemanden zu einem Tauschgeschäft. Gleichwohl muss er komplementär und sogar notwendigerweise zu einem Nationalpatriotismus hinzutreten. Ein Nationalpatriotismus, der sich lediglich auf das irrationale Element einer emotionalen Bindung an die nationale Identität gründet, ist weder mit der Argumentation Sternbergers noch mit jener von Habermas oder Hättich vereinbar. Nicht ein Verfassungspatriotismus ohne Nationalpatriotismus ist suspekt, ein Nationalpatriotismus ohne Verfassungspatriotismus dagegen allemal. 

Thomas Schölderle

Was macht Demokratie aus und wie kann sie so konzipiert sein, dass sie wehrhaft bleibt? Darüber grubelten Verfassungs- und Staatsrechtsexperten im Jahr 1948 Tag und Nacht auf Herrenchiemsee. Die Dauerausstellung „Der Wille zu Freiheit und Demokratie – der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee 1948“ im Augustiner-Chorherrenstift Herrenchiemsee (Altes Schloss) erinnert an diese Zeit und daran, wie aktuell das Thema heute ist. Die Tafeln sind Teil der Ausstellung.



MASSNAHMEN ZUR VERTIEFUNG DES STAATSBEWUSSTSEINS

Grundsätze der Demokratie und ihre Bedeutung

Der interfraktionelle Initiativantrag vom 20. April 1961 an den Bayerischen Landtag war darauf gerichtet, die Staatsregierung aufzufordern, „Maßnahmen zu ergreifen, damit in allen öffentlichen Schulen und Bildungsstätten zur Vertiefung des Staatsbewußtseins an hervorragender Stelle die Symbole und Farben des Bundes und des Landes (...) einen würdigen Platz erhalten.“

Eingebracht hatten den Antrag die Abgeordneten Kreußel, Dr. Arnold, Euerl, Helmschrott, Lerch, Dr. Merk, Nagengast, Neundorfer, Vöth, Zehner (sämtlich CSU), Drexler, Förster, Machnig (sämtlich SPD), Dr. Somik (GB), Bantele (BP) sowie Dr. Hamm-Brücher (FDP). Mit Beschluss vom 13. Dezember 1961 (vgl. BayLtg., 4. LP, Beilage 2703 (Siehe S. 15) machte sich der Landtag diesen Antrag zu eigen und in Erfüllung des parlamentarischen Auftrags fasste das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus eine EntschlieÙung. Sie war überschrieben mit „EntschlieÙung über Maßnahmen zur Vertiefung des Staatsbewusstseins an den Schulen“ (vom 31.07.1962, Nr. VIII 4869), veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 13 vom 29. August 1962, und richtete sich „an die Regierungen, an alle Schulen, an alle Schülerheime“ in Bayern. Wörtlich heißt es darin: „Die Bayerische Staatsregierung hält die Weckung und Stärkung des Staatsbewußtseins bei Kindern und Jugendlichen für eine der wichtigsten Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schule. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist die Erziehung zur Achtung vor den nationalen Symbolen unerläÙlich.“

Eine Reihe von Schulen hat die Forderung des Bayerischen Landtags bereits von sich aus erfüllt. Soweit dies noch nicht der Fall ist, werden die Schulleiter ersucht, die Beschaffung und Anbringung der nationalen Symbole umgehend zu veranlassen. Es empfiehlt sich eine geeignete Gelegenheit, z.B. einen nationalen Gedenktag zu wählen, um die Neueinrichtung mit einer Feier zu verbinden.

Die Art der Ausstattung richtet sich nach den besonderen Gegebenheiten der einzelnen Schule. In der Regel wird die Eingangshalle der Schule der geeignete Raum für die Anbringung der nationalen Symbole sein. Soweit fachliche Beratung erforderlich ist, wird Fühlungnahme mit den zuständigen Bauämtern empfohlen.

Den nichtstaatlichen öffentlichen Schulen und den Schülerheimen wird anheimgegeben, in gleicher Weise zu verfahren.“ Wir wissen nicht, ob und auf welche Weise die betreffenden Einrichtungen dieser EntschlieÙung des

Kultusministeriums nachgekommen sind, und welcher nationale Gedenktag dafür jeweils ausersehen wurde. Hingegen wissen wir vom überwältigenden Erfolg der Wandtafel „Grundsätze der Demokratie“, die im Jahre 1962 von der Akademie – zur Vertiefung des Staatsbewusstseins und getreu dem ihr gestellten Auftrag – konzipiert worden ist, und „die in den Schulen, Behörden, Kasernen und publikumsoffenen Räumen der verschiedensten Art in der Bundesrepublik weite Verbreitung“ gefunden hat.

Deren grafische Ausgestaltung wurde von dem in Herrsching am Ammersee ansässigen Künstler Gerald Strasser besorgt. Ihr kommerzieller Vertrieb erfolgte durch die Firma W. Fischer & G. Schrettl Druck- und Verlagserzeugnisse aus München-Neuhausen. Im internen Sprachgebrauch der Akademie war deshalb auch stets von der sogenannten „Schrettl-Tafel“ die Rede. Mit der Projektierung wie auch der Vorauswahl der Texte war Akademieassistent Gerhard Kullmer (1927–2022) betraut worden.

Zur Wandtafel

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Diese zu achten und zu schützen, ist der Staat verpflichtet.

Die Grundlage unserer politischen Ordnung ist das Recht des Volkes, seine Staatsverfassung selbst zu schaffen.

Die durch die Verfassung gewährleistete Freiheit darf nur eingeschränkt werden, wenn die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit, Gesundheit und Wohlfahrt es zwingend erfordern.

Demokratie kann nur dann bestehen, wenn jeder einzelne ein Gewissen für das Ganze hat.



Fotos: Steffen H. Elsner



Wandtafel „Grundsätze der Demokratie“ von 1962, konzipiert durch die Akademie und vertrieben durch die Firma W. Fischer & G. Schrettl aus München

Die ausgewählten Textpassagen rekurren auf besondere Bezugsquellen: So geht der erste Absatz zurück auf Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Absatz 2 greift eine Aussage von George Washington auf. Der dritte Absatz bezieht sich auf die Verfassungen der deutschen Länder, wie etwa Artikel 98 der Verfassung des Freistaats Bayern. Und der vierte Absatz ist ein Zitat von Eduard Spranger.

In den Worten des seinerzeitigen Akademiedirektors Felix Messerschmid (1904–1981) enthält der erste Satz die schlechthin gültige anthropologische Aussage (alle Menschen sind frei und gleich geboren) und die daraus folgende staatliche Verpflichtung. Der zweite Satz formuliert die politische Grundfolgerung aus dieser Aussage (Recht des Volkes, seine Staatsverfassung selbst zu schaffen). Kein wirklicher Demokrat kann auf sie verzichten. Der dritte Satz folgt notwendig aus dem zweiten. Er enthält eine – nach unseren deutschen Erfahrungen wahrlich berechtigte – Warnung und gehört außerdem zur Substanz des Grundgesetzes. Das „wenn“ dieses dritten Satzes spricht zugleich aus, dass es – unter Voraussetzungen – Einschränkungen der Freiheitsrechte geben kann und muss (wehrhafte Demokratie). Der vierte Satz begründet die Verpflichtung der Demokraten, und zwar so tief und verbindlich, wie es in Ordnungen des Zwangs gar nicht möglich ist, nämlich durch die Begründung im Gewissen.

Was die Auswahl der Texte für die Wandtafel anbetrifft, so beantwortete Messerschmid Änderungsvorschläge des Politischen Arbeitskreises München in einem Brief an den damaligen Fachberater für Politische Bildung im Schulreferat der Stadt München, Karl Borchering, folgendermaßen: „Die Frage, ob nicht einfach Verfassungstexte (...) das Richtige für eine solche Tafel wären, haben wir damals, als die Tafel entstand, auch erwogen und waren zu dem Ergebnis gekommen, daß sie dem eigentlichen Zweck nicht entsprechen würden. Es geht nicht um Verfassungstexte – die stehen leicht allen Schülern zur Verfügung –, sondern darum, bestimmte Haltungen und Einsichten deutlich zu machen, auf denen allein die demokratische Ordnung ruhen kann; die Tafel soll sozusagen Symbolcharakter haben und braucht keinen vollständigen Katalog der wichtigen staatsbürgerlichen Rechte zu enthalten, um in diesem Sinne zu wirken. Sie entspricht in der von uns gefaßten Form durchaus dem, was in der Symboldebatte des Bayerischen Landtags und in der daraus resultierenden Entschließung des Kultusministeriums (s.o.) gefordert wurde.“ Und abschließend fügt Messerschmid hinzu: „So, wie die Tafel jetzt ist, erscheint sie mir durchaus auch für die Münchner Städtischen Schulen geeignet.“ Das fand seine Bestätigung etwa im anerkennenden Schreiben des 1. Münchner Stadtschulrats Dr. Anton Fingerle (1912–1976). (Siehe S. 15).

Als grafische Elemente finden sich neben dem Wappen der Bundesrepublik Deutschland die Wappen jener

deutschen Länder aufgeführt, die damals bereits Glieder der Bundesrepublik Deutschland waren oder – so heißt es erklärend auf der Rückseite – „vom verfassungsrechtlichen Gebot der Präambel des Grundgesetzes, ‚in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden‘, umfasst werden. Die Wappen der mittel- und ostdeutschen Gebiete sind nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 dargestellt“ worden.

Das im Juli 1962 auf den Markt gebrachte massiv-hölzerne Produkt (Format: 45 x 64 cm) entwickelte sich dem Vernehmen nach zu einem regelrechten Verkaufsschlager. Es zierte nicht nur viele bayerische Schulen und Kasernengebäude. Besonderer Beliebtheit soll sich die Tafel insbesondere auch bei den bayerischen Kommunen erfreut haben. Dementsprechend wurde sie von zahlreichen Gemeinden für die politisch-bildnerische Ausgestaltung ihrer Rathäuser geordert. Exemplarisch sei hierfür die Anfrage der Gemeinde St. Oswald, Landkreis Grafenau im Bayerischen Wald vom 4. März 1964 an das „Amt für politische Bildung“ in Tutzing herausgegriffen: Unter dem Betreff „Ausstattung eines Sitzungsraumes“ wurde die Tafel bei der Akademie für das dortige Rathaus angefragt. Die Interessenten wurden dann jeweils an die Firma W. Fischer & G. Schrettl weiterverwiesen. Dort konnte sie zum Preis von 49 D-Mark erworben werden.

Bereits Anfang der 1970er-Jahre wurde die Schrettl-Tafel dann allerdings seitens der Akademie wieder aus dem Verkehr gezogen. Die Veränderungen innerhalb der deutschen Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt (Stichwort: „Wandel durch Annäherung“) mögen dabei eine entscheidende Rolle gespielt haben. Womöglich wollte man sich von der grafischen Umsetzung distanzieren, weil dort mithilfe von Stacheldraht die erzwungene Teilung von Deutschland und Berlin veranschaulicht wurde. Per Konventsbeschluss wird 1972 die Genehmigung für den Vertrieb zurückgezogen. Indes sind die „Grundsätze der Demokratie“ wohl noch viele Jahre und Jahrzehnte danach in zahlreichen Foyers, Fluren, Sälen und Treppenhäusern zu sehen gewesen, so beispielsweise noch 2008 im Eingangsbereich der Albert-Schweitzer-Grundschule in Amberg. Oder wie zuletzt ein ehemaliger Praktikant berichtete: Im August 2018 [sic!] sei er im Ingolstädter Ortsteil Zuchering auf besagte Wandtafel gestoßen. Die Tafel hänge im Treppenhaus des Gebäudes, in dessen Erdgeschoss sich eine Filiale der Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte befände. Unten sei der Zusatz „unterstützt von der Volksbank-Raiffeisenbank Ingolstadt“ mit Bankenlogo angebracht.

Auf den ersten Blick erscheint es überraschend, dass noch immer Exemplare dieser „Grundsätze der Demokratie“ im öffentlichen Raum anzutreffen sind. Andererseits handelt es sich dabei ja gerade um Grundsätze von überzeitlicher Gültigkeit und Dauer, die es für die Zukunft zu bewahren gilt.



Steffen H. Elsner

Bayerischer Landtag
+ Legationsprotokoll

Beilage 2701

Vergl. Nr. 267/61

Beschluß

Der Bayerische Landtag

Der Landtag hat über den:

Schreiben des Verfassungsausschusses betreffend Antrag der Milchgenossenschaft Schwandorf und Markt in Wundschuh auf Festsetzung der Verkaufspreisobergrenze der Anordnung des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Bayerische Ostmark vom 1. Juli 1961 über die Einheitspreisregelung und Milchlieferungsgebot an Melkereien bzw. Milchabnehmer im Gebiet des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Bayerische Ostmark (Nr. 3220)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beschlossen:
Der Landtag beschließt, sich nicht an Ver-
fahren

München, den 12. Dezember 1961

Der Präsident:
gez. Haussner

Beilage 2702

Vergl. Beilagen 1927, 2137

Beschluß

Der Bayerische Landtag

an die
Bayerische Staatsregierung

Der Landtag hat über den:

Antrag der Abgeordneten Eickhorn, Lauer und Strohmayr (SPD) betreffend Erlass von Richtlinien für die Förderung sozialer Vorhaben (Beilage 219)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beschlossen:
Der Sozialausschuß für Bildung und Kultur wird ersucht, zu prüfen und zu berichten, welche Wege und Möglichkeiten der Aktivität für die sozialen Dienste öffentlichen, von später als Fürsprecher in der ge-
sellschaftlichen Dienstleistungen zu werden, insbesondere die in der Bildung und der Möglichkeit zur Errichtung sozialer Vorhaben an der Volkshochschule besteht

München, den 13. Dezember 1961

Der Präsident:
gez. Haussner

Beilage 2703

Vergl. Beilage 2301

Beschluß

Der Bayerische Landtag
an die
Bayerische Staatsregierung

Der Landtag hat über den:

Antrag der Abgeordneten Krensch, v. a. (CSU), Dewar, Förster, Winkler (SPD), Dr. Sornik (GDP), Rastle (BSP), Dr. Hamann-Bader (FDP) betreffend Maßnahmen zur Ver-
tiefung des Staatsbewusstseins (Beilage 2167)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beschlossen:
Die Staatsregierung wird ersucht, die auf-
geführten Maßnahmen zu ergreifen, durch
alle öffentlichen Schulen und Bildungs-
anstalten die Vertiefung des Staatsbewusstseins
zu hervorhebenden Stellen die Symbole und
Farben des Bundes und des Landes, ersucht
auch das Bild des Bundespräsidenten, einer-
seitigen Platz einzunehmen

München, den 13. Dezember 1961

Der Präsident:
gez. Haussner

Beilage 2704

Vergl. Beilage 2301

Beschluß

Der Bayerische Landtag
an die
Bayerische Staatsregierung

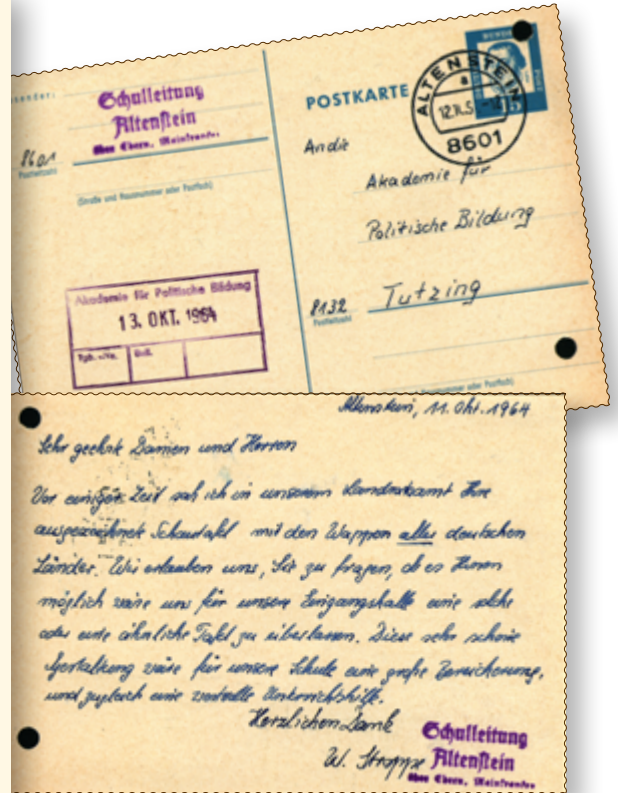
Der Landtag hat über den:

Antrag der Abgeordneten Dr. Hamann-Bader, Besold und Funkhahn (FDP) betreffend
Koordinierung der für Ausbildungsbildung
zuständigen Stellen (Beilage 1796)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beschlossen:
Die Staatsregierung wird ersucht, dafür
Sorge zu tragen, daß bei der Vergabe von
Ausbildungsstellen für Schüler und Leh-
rkräfte die verschiedenen zuständigen Stellen
möglichst besser als bisher koordiniert werden

München, den 13. Dezember 1961

Der Prä-
sident

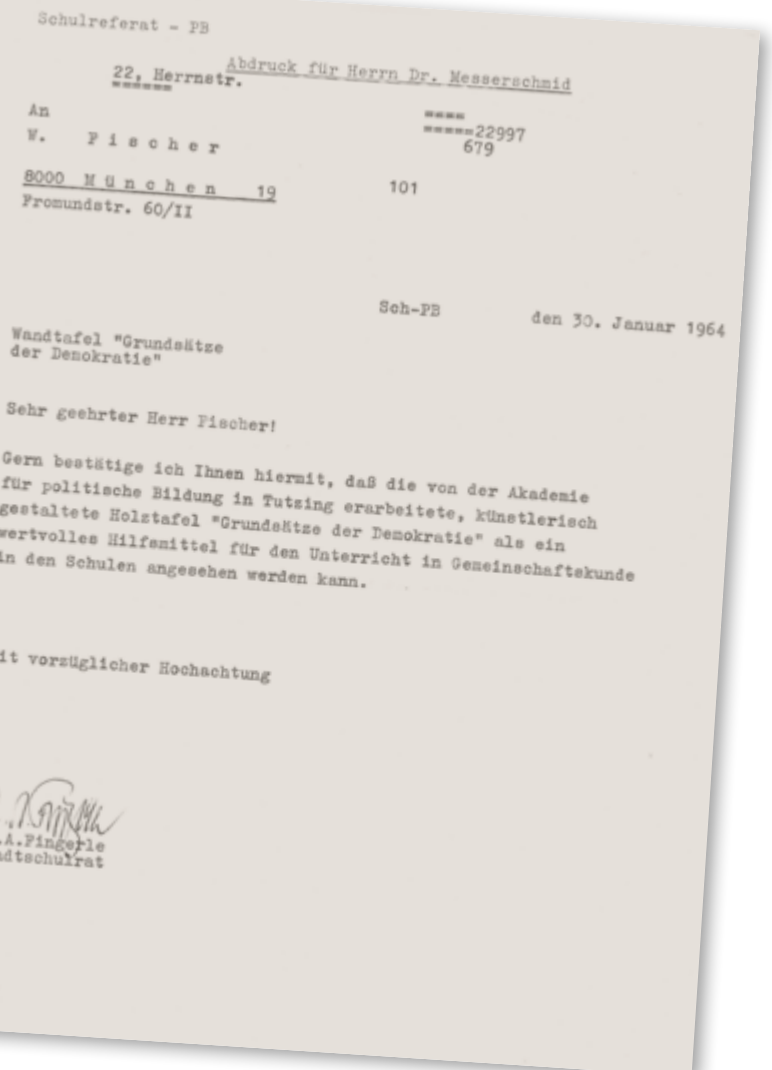


↑ Anfrage der Schulleitung Altenstein
(heute: Gemeindeteil des unterfränkischen
Marktes Maroldsweisach im Landkreis
Haßberge) vom 11.10.1964

↑ Parlamentsdrucksache: Bayerischer Landtag,
4. Legislaturperiode, Beilage 2703: Beschluss
vom 13.12.1961

→ Schreiben des Münchner Stadtschulrats
Dr. Anton Fingerle an den
Verleger W. Fischer vom 30.01.1964

↓ Anfrage der Gemeinde St. Oswald
(heute Sankt Oswald-Riedlhütte) vom 4.03.1964



VON HATE SPEECH BIS MORD

Hasskriminalität als gesellschaftliches Phänomen

Er kann blind, blank und kalt sein – und manchmal ist er tödlich: der Hass. Diese destruktive Emotion scheint in der modernen Gesellschaft allgegenwärtig zu sein. Was sind die Gründe, wo wird es kriminell und was ist zu tun?

„Woher kommt der Hass in der Gesellschaft?“, stellte Eva Walther, Leiterin der Abteilung Sozialpsychologie an der Universität Trier, die Ausgangsfrage der Tagung mit dem bayerischen Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Die Basis für eine Spirale von Wut bis Hass ist die ‚relative Deprivation‘“, führte sie vor den anwesenden Polizistinnen und Polizisten aus. Mit relativer Deprivation sei das Gefühl gemeint, dass Menschen oder Gruppen daran glauben, dass es ihnen unberechtigterweise schlechter geht als anderen Personen oder Gruppen.

Eine Konfliktlinie findet sich im Bereich des Ökonomischen: Inflation und Finanzkrisen greifen das Bedürfnis nach materieller Sicherheit an. „Mit dem Ausmaß an Ungleichheit steigert sich das gesellschaftliche Konfliktpotenzial“, erklärte Walther.

Gefühl eines Kontrollverlustes

Eine weitere Konfliktlinie liege in den Liberalisierungsprozessen in der modernen Gesellschaft. Statusverlusten würde durch Rassismus, Opfernarrative oder Wiederherstellung von Männlichkeit ein gesteigertes Selbstwertgefühl als Angebot entgegengestellt. Die beiden Konfliktlinien münden in dem Gefühl eines Kontrollverlustes, dem rechtsextreme Gruppen unterkomplexe Antworten liefern, um dem „Establishment den Marsch zu blasen“ und damit den Hass auf die Eliten zu legitimieren, führte Walther aus.



„Der Begriff Hasskriminalität lehnt sich an die nordamerikanische Begriffsbestimmung an“, sagte Johannes Kaspar, Strafrechtler und Kriminologe von der Universität Augsburg. Die BKA-Statistik führe Hasskriminalität als Unterform der politischen Kriminalität.

Hasskriminalität wirke sich nicht nur auf die unmittelbaren Opfer aus. Sie wirke auch auf die Opfergruppe, indem sie Angst schüre, sagte Kaspar. Damit sei die Wirkung nicht erschöpft: Hasskriminalität fördere nämlich auch Isolierungs- und Spaltungseffekte und gefährde den gesellschaftlichen Frieden insgesamt.

Anknüpfungspunkte für Hasskriminalität

Die Hasskriminalität im Internet hat zu verschiedenen kriminalpolitischen Maßnahmen geführt. In Bayern gehört dazu die Einführung eines Hate-Speech-Beauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft München. Der amtierende Beauftragte, David Beck, berichtete, dass die bayerische Justiz täglich mit diversen Formen der Hasskriminalität konfrontiert wird. Anknüpfungspunkte von Hasskriminalität sind: Geschlecht und geschlechtliche Identität, Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung, äußerliches Erscheinungsbild, politische Haltung, physische oder psychische Beeinträchtigungen, der soziale Status, die berufliche Tätigkeit oder Ähnliches.

Hate-Speech-Delikte, also zum Beispiel Volksverhetzung und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen, nähmen zu. Sie würden auch gezielt von extremistischen Gruppen eingesetzt. Folge: konkrete Taten, wie der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag in Halle oder die Umsturzpläne der Reichsbürgerbewegung.

Sichere Betroffene von digitaler Gewalt

Die Berliner Juristin Franziska Benning berät bei der gemeinnützigen Organisation HateAid Betroffene von digitaler Gewalt. Es geht um Beleidigungen, Verleumdungen, Bedrohung, Nötigung, Hassrede, sexualisierte Gewalt und weitere Angriffe über das Internet. „Je jünger, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, von digitaler Gewalt betroffen zu sein“, sagte sie. Es könne jede und jeden treffen – doch manche trifft es sicher, sagte Benning. Zu den sicheren Betroffenen von digitaler Gewalt zählt sie Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Journalisten, Aktivisten und Angehörige marginalisierter Gruppen. Insbesondere käme es zu digitaler Gewalt dann, wenn sich Personen zu bestimmten Fragen klar äußern, wie zum Beispiel zum Klimawandel, zu Migration, Frauenrechten, Rassismus und Antisemitismus, Corona oder dem Ukrainekrieg.

„Gegen den Hass im Netz vorzugehen erfordert viel Zivilcourage und bindet Ressourcen“, sagte Benning. Außerdem gäbe es zu wenig Anlaufstellen. Niedrigschwelligere Anzeigenformulare würden vielen Betroffenen helfen. Ein wichtiger Beitrag zum Zeugenschutz wäre es, schon bei der Anzeige auf die Möglichkeit einer c/o-Adresse hinzuweisen.

Illustration: iStock_woocat

Britta Schellenberg vom Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) befasste sich mit dem Thema Rassismus. Menschen werden dabei nicht als Individuen betrachtet, sondern einer bestimmten Gruppe zugeordnet. Die Gruppen würden hierarchisiert: die Eigengruppe auf-, die Fremdgruppe abgewertet.

Von Mikroaggressionen zu körperlichen Angriffen

Vorurteile bieten eine Grundlage für Diskriminierung, die dann in Gewalt und Hasskriminalität und auch zunehmender Radikalisierung münden könne. Opfer hätten typischerweise bereits rassistische oder antisemitische „Mikroaggressionen“ erlebt, welche schon Stresssituationen erzeugen. Körperliche Angriffe zögen dann oftmals Traumata, Depressionen und Angst- und Suchterkrankungen nach sich. Schellenberg plädierte daher für weitere Professionalisierung im Umgang mit Betroffenen, zum Beispiel bei Vernehmungen, und für eine deutlichere Erfassung von Hasskriminalität in der Polizeilichen Kriminalstatistik.

Ludwig Spaenle, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, ging auf die Ereignisse des 7. Oktober 2023 ein. „Jüdinnen und Juden wissen: Sobald in Israel etwas passiert, gibt es Bedrohungen“, sagte er. Es sei ein tiefer Schock für die jüdische Welt, dass der sichere Hafen Israel angreifbar ist.

Explodierender Antisemitismus

Das unvorstellbare Ausmaß physischer Brutalität und sexualisierter Gewalt habe dazu geführt, dass viele zur jüdischen Community im Ausland ausgeflogen sind. Doch dort sei oft „der Antisemitismus explodiert“. Die Folgen: Viele jüdische Menschen nennen ihre Namen nicht, achten auf die Kleidung, achten darauf, wo sie hingehen. Spaenle ermahnte, dass Antisemitismus in jeder Bildungsschicht und bei allen



gesellschaftlich relevanten Gruppen vorhanden sei. „Wir meinen es ernst“, sagte Martin Weinzierl, Beauftragter der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus, und schilderte die polizeiliche Arbeit mit Blick auf antisemitische Straftaten.

Besondere Rolle der Polizei

Auch wies er auf Hemmungen von Opfern bezüglich einer Anzeige sowie praktische Unsicherheiten im polizeilichen Umfeld hin. Markant seien Zahlen, wie etwa die Steigerung von Hassangriffen auf Mandatsträger um fast 20 Prozent in 2023 bei einer konkreten Steigerung beim Tatmittel Internet um fast 50 Prozent. Es kommt in Zukunft darauf an, die besondere Rolle der Polizei für die Betroffenen von Hasskriminalität auszufüllen und zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken, so Weinzierl.

„Wie verroht ist unsere Gesellschaft?“ war Thema einer Podiumsdiskussion mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion Winfried Bausback und der Vorsitzenden der Grünen-Landtagsfraktion Katharina Schulze. Beide haben Hassattacken, teils sehr drastischer Art, auf sich erlebt. Außerdem auf dem Podium saß der Kommunikationswissenschaftler Pablo Jost vom Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU.

„Im realen Raum lassen sich Konflikte durch menschliche Interaktion lösen“, sagte Bausback. Die Netzkommunikation sei jedoch durch Algorithmen geprägt, die Aufmerksamkeit erzeugen wollen. Und dies ginge am besten über Emotionen. „Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen europäischer Staaten“, sagte Bausback. Ansonsten ballen sich „verrückte Ideen“ zusammen und haben große Wirkung.

Gesellschaft nur in Teilen enthemmt

„Die Gesellschaft wird immer enthemmter. Das sagen viele“, konstatierte Katharina Schulze. Aus der Forschung würden wir jedoch wissen: Viele Menschen wollen diese Verrohung nicht. Wir sollten dies also differenzierter sehen. Die Gesellschaft sei offensichtlich nur in Teilen enthemmt. Bayern habe schon viele gute Maßnahmen dagegen ergriffen. Schulze plädierte für noch mehr Bildungsangebote, mehr Medienkompetenz auch für Ältere und wie Bausback für europäische Lösungen.

Pablo Jost unterstrich die Bedeutung der Algorithmen bei den digitalen Plattformen. Von Krise zu Krise würden Leute damit Geld verdienen, sagte er. Man müsse jedoch nicht nur den digitalen Raum, sondern auch die politische Kommunikation in der analogen Welt betrachten. „Auch mediale und politische Akteure konzentrieren sich oftmals auf polarisierende Themen“, führte er aus.

Betroffen von Hassattacken

„Wie können Sie sich eigentlich noch im Spiegel anschauen?“ und ähnliche Sätze wurden dem ehemaligen Vorsitzenden der Ständigen Impfkommissionen (STIKO) am Robert Koch-Institut, Thomas Mertens, von Leuten auf der Straße entgegengeworfen. In der Coronaphase sei es extrem schwierig gewesen zu kommunizieren. Grundtenor vieler Vorwürfe: „Die Fachleute sind geschmiert“. Mertens fällt auch unabhängig von eigenen Erlebnissen auf: Sobald sich Menschen „Exponenten einer regelsetzenden Staatsmacht“ gegenübersehen, kommt es immer wieder zu Hassangriffen.

Respekt auf dem Sportplatz?

Pascal „Qualle“ Martin ist Fußballschiedsrichter und „Content Creator“ in den digitalen Netzwerken. Er hat eine enorme Reichweite mit knapp einer Millionen Followern auf TikTok und über 200.000 Followern auf Instagram. Mit dem #RespektfürdenSchiedsrichter positioniert er sich gegen Anfeindungen auf dem Rasen, aber auch im Netz.

„Respekt auf dem Sportplatz gibt es teilweise gar nicht mehr, man kann sich das gar nicht vorstellen“. Seine Vermutung für den Grund: Falsche Vorbilder, die jedoch über digitale Netzwerke und Musik viele Kinder erreichen.

Von verbalen, aber auch physischen Attacken zu berichten weiß der Notfallsanitäter Klaus Hippe von der Aicher Ambulanz Union. Sein Eindruck: „Körperliche Angriffe kommen in letzter Zeit immer öfter vor“. Einige junge Kollegen hätten sich aufgrund regelmäßiger Beschimpfungen und abfälliger Gesten schon aus dem Sanitätsdienst zurückgezogen.

„Hassobjekt Frau“

Die Landesvorsitzende vom WEISSEN RING, Landesbüro Bayern-Süd, Helgard van Hüllen, befasste sich mit dem „Hassobjekt Frau“. Im Netz werden Frauen immer wieder Opfer von frauenfeindlichem Hass, sexualisierten Belästigungen, Vergewaltigungsandrohungen, Demütigungen und Beleidigungen, die ihr Aussehen betreffen, sowie Stalking. Van Hüllen schilderte die körperlichen und emotionalen Konsequenzen für die Einzelnen sowie die Gefahren von solchen Zuständen für die Allgemeinheit. Eine Gefahr bestehe, wenn die Mehrheit zu Hass und Hetze im Netz schweigt und einfach weiterklickt.

Auch Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind typische Ziele von Hassattacken. Josef Steigenberger, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Bernried am Starnberger See, sagte: „Früher gab es Streit, heute gibt es Hass“. In seinem Fall hätten sich im Zuge der Planungen zu einem Geothermie-Projekt die Emotionen auf ihn und die beteiligten Firmenvertreter konzentriert. Das habe sogar zu Sabotageakten an seinem landwirtschaftlichen Betrieb geführt. „Am meisten geholfen hat mir, dass viele Leute mich unterstützt haben“, sagte Steigenberger.



Gero Kellermann und Amelie Leis

Sie sprachen über ...



Michael Weinzierl über Hemmungen vor der Anzeige



Eva Walther über Ursachen von Hass



Thomas Mertens über Erlebnisse in der Coronazeit



Franziska Benning über digitale Gewalt



Helgard van Hüllen über die Gefahr, wenn die Mehrheit schweigt



Johannes Kaspar über Hasskriminalität



Ludwig Spaenle über Antisemitismus

Alle Fotos: Meyer (APB)



Britta Schellenberg über Rassismus

Linktipp:



Verroht unser Diskurs?
bit.ly/hasskriminalitaet



PLANSPIELE

Ernste Themen spielerisch bearbeiten

Die Ergebnisse der Europawahl 2024 zeigen, dass Rechtsextremismus und -populismus auf dem Vormarsch sind. Sie zeigen aber auch, dass die deutlich größere Zahl an Menschen demokratisch wählt.

Viele dieser Demokratinnen und Demokraten wollen ihre Demokratie erhalten und verteidigen und suchen im Bildungskontext nach neuen Methoden.

Wie können die Themen Rechtsextremismus und -populismus im Unterricht und in anderen Bildungskontexten spielerisch bearbeitet werden? Dieser Frage widmete sich die dreitägige Tagung „Politik spielerisch vermitteln – Grundlagenseminar Planspiele der politischen Bildung“. Es handelte sich um eine Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, vertreten durch Uta Löhner und der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie hat seit November 2022 eine eigene Referentinnenstelle für Planspiele, vertreten durch Lisa Rossmann. „Die Makromethode ‚Planspiel‘ ist eine handlungsorientierte Lehr- und Lernmethode, die sich wie kaum eine andere zur Vermittlung politischer Zusammenhänge und Prozesse eignet“, so erklärt Rossmann zu Beginn. Um eine Übersicht über Planspiele der politischen Bildung im deutschsprachigen Raum zur Verfügung zu stellen, wurde bereits 2007 eine Datenbank aufgesetzt, in der der Großteil der vorhandenen Planspiele gelistet ist (siehe Maske, S. 21). Planspielanbieter können hier ihre Planspiele einreichen und Interessierte nach passenden Planspielen für ihre Bildungspraxis suchen.

Ein fiktives Szenario

Hintergrund eines Planspiels bildet ein Szenario, das fiktiv oder dem aktuellen politischen Geschehen entlehnt sein kann. Die Teilnehmenden übernehmen transpersonale, funktionale und repräsentative Rollen und spielen die durch das Szenario vorgegebenen Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse bezogen auf ein modelliertes Problem nach. Dabei ist kein festes Skript vorgegeben, was zum einen Ergebnisoffenheit und zum anderen Spaß am Spiel für die Teilnehmenden gewährleistet. Dadurch, dass im Hinblick auf das modellierte Problem Interessengegensätze bei den beteiligten Rollen beziehungsweise Akteuren bestehen, werden die Verhandlungs-, Argumentations- und Kompromissfähigkeit sowie die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel der Teilnehmenden gefördert.

Überdies werden sowohl die Handlungsfähigkeit als auch die Urteilsfähigkeit gestärkt, um (politische) Konflikte demokratischer Gesellschaften einordnen und wertschätzen zu können. Dadurch trägt die Methode „Planspiel“ dazu bei, Kompetenzen und Einsichten zu fördern, die für das



Einblicke in die Gruppenarbeit



Fotos: Emmerich (APB)

Der gemeinnützige Verein Demokratiedeckel hat 7 Bierdeckel zur Demokratie entworfen, um Diskussionen über Demokratie und ihren Wert anzuregen.



bpb-Planspieldatenbank

In der bpb-Planspieldatenbank sind aktuell 182 Planspiele der politischen Bildung von Vereinen, kommerziellen Planspielanbietern, Universitäten, staatlichen Stellen, Freiberuflichen und anderen Akteuren gelistet. Nicht alle Planspiele können zur freien Verfügung heruntergeladen werden, weshalb in den Einträgen Kontaktmöglichkeiten zu den Planspielanbietern vorhanden sind.



Neue Planspiele können über eine Maske eingereicht werden, diese ist auf der Datenbankseite zu finden:
bit.ly/Datenbank_Planspiele



Datenbank: Planspiele in der politischen Bildung

Infohäppchen zum bpb-Filter:

Besteht Interesse für ein bestimmtes Thema oder einen bestimmten Anbieter o.ä., kann über den **Volltext** nach Stichworten gesucht werden.

Es stehen 19 verschiedene **Themen** zur Auswahl, wobei ein Planspiel mit mehreren Themen getaggt sein kann.

Über den Filter **Zeitbedarf** können Interessierte gezielt nach Planspielen suchen, die ihren Zeitkapazitäten entsprechen. Minimum sind zwei Schulstunden, Maximum mehrere Tage.

Filtern

Volltext

Zielgruppen

Themen

Spielarten

Zeitbedarf

Teilnehmerzahl ca.

Die **Zielgruppen** wurden im Zuge der letzten Überarbeitung der Planspieldatenbank erweitert, sodass nun von Grundschule bis Erwachsenenbildung gesucht werden kann.

Planspiele können komplett online, digital gestützt oder analog gespielt werden. Es gibt auch einige haptische Planspiele – nach all diesen Varianten kann gefiltert werden.

Wenn Interessierte Planspiele für eine bestimmte Anzahl von Teilnehmenden suchen, kann diese Anzahl frei in das Feld **Teilnehmerzahl ca.** eingegeben werden.

Buchtipps



Die TikTok-Intifada –
Der 7. Oktober &
die Folgen im Netz



Das TikTok-Universum der
(extremen) Rechten – Trends,
Strategien und Ästhetik in der
Social Media-Kommunikation



Politische Bildung in
reaktionären Zeiten.
Plädoyer für
eine standhafte Schule

Leben und Handeln in pluralistischen Gesellschaften notwendig sind. „Die Kernmerkmale der Methode ‚Planspiele‘ bilden also der Entscheidungsprozess, die reduzierte Komplexität, der Zeit- und Handlungsdruck, Interessengemeinsamkeiten und Gegensätze, die Interaktion und Kooperation und das offene Ergebnis“, erläuterte Eva Feldmann-Wojtachnia, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung in München, die die Teilnehmenden in die Methode „Planspiel“ einführt und während der Tagung für die Teilnehmenden als Expertin zur Seite stand.

Ein Wechselspiel

Die Tagung war aufgebaut als Wechselspiel zwischen inhaltlichem und methodischem Input, dem Spiel selbst sowie dem Kennenlernen weiterer spielerischer Methoden. Matthias Meyer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena, führte in die Soziologie von Radikalisierung ein und definierte im Zuge dessen Rechtsextremismus: Es handelt sich um „ein mehrdimensionales Einstellungsmuster mit dem verbindenden Moment einer Ungleichwertigkeitsvorstellung, die sich politisch in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und der Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus ausdrückt und sozial in antisemitischen, fremdenfeindlichen und sozialdarwinistischen Einstellungen zeigt“.

Rico Behrens, Professor für Politische Bildung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, ergänzte den Vortrag Meyers um eine pädagogische Perspektive und zeigte an realen Fallsituationen Möglichkeiten des Handlungsspielraums im Umgang mit menschenfeindlichen

Herausforderungen im schulischen Kontext auf. Er verwies auch auf das kürzlich erschienene Buch „Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule“, das er gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen veröffentlicht hat (siehe auch Buchtipps, unten).

Aktuelles im Planspiel

Zum Abschluss hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, eigene Ideen zu entwickeln – Planspiele oder andere spielerische Ansätze. Als inhaltliche Grundlage dienten die Vorträge zu Verschwörungen von Claus-Christian Carbon (Professur und Leitung des Lehrstuhls für Allgemeine Psychologie und Methodenlehre an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg) sowie zum Thema „Nahost-Konflikt und Antisemitismus im Klassenzimmer“ durch Janis Detert (Soziologe und Wissenschaftlicher Referent an der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main). Er appellierte an eine fundierte und vielschichtige Betrachtung und verwies etwa darauf, dass der Nahostkonflikt nicht nur der Konflikt selbst sei, sondern auch zur Projektionsfläche werde so etwa zum Verhältnis vom „globalem Süden“ und „globalem Norden“; Debatten über (Post-)Kolonialismus und Dekolonisierung; Aushandlungen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie Identitäten und des Verhältnisses zu sich selbst – individuell und kollektiv. Carbon, Detert und Feldmann-Wojtachnia reflektierten zum Abschluss des Seminars die Ideen der Teilnehmenden gemeinsam mit ihnen auf Methode und Inhalt.



Lisa Rossmannith und
Kinza Khan

INKLUSION

Brauchen wir mehr Inklusion an Schulen und gesellschaftliche Teilhabe?

Politik erscheint oft komplex und undurchschaubar. Schülerinnen und Schüler stellen sich diesem Umstand im Rahmen einer Ideenwerkstatt und zeigen, wie gesellschaftliche Prozesse zunächst wahrgenommen und durch Lösungsentwicklung und –findung verändert werden können und welche Rolle die politische Bildung dabei einnimmt. Im Zuge dessen setzen sich diese mit dem selbstgewählten Thema Inklusion auseinander und diskutieren die Formen und Möglichkeiten der Umsetzung von Inklusionsschulen.

Anlässlich des Europäischen Protesttags behinderter Menschen, der sich am 5. Mai jährt, steht Inklusion im Mittelpunkt unserer gesellschaftlichen Debatte. Zumindest könnte man das vermuten. Die Realität sieht anders aus. Medial wird das Thema nur vereinzelt aufgegriffen. Und wenn, dann vor Allem von Aktivistinnen und



Illustration: iStock, Flashvector

Aktivisten, die versuchen, das Thema publik zu machen. Im Schatten anderer Eilmeldungen findet der Tag, der die diskriminierenden ableistischen Strukturen und Benachteiligung von behinderten Menschen aufzeigen soll, wenig Beachtung. Die Straßen bleiben leer, die Demonstrationen bleiben aus, die Debatten werden weiterhin nicht geführt. Entgegen dem Verhalten der Mehrheitsbevölkerung gegenüber dem Thema Inklusion, haben sich Schülerinnen und Schüler genau dieses im Rahmen der Ideenwerkstatt „Zehn für Zukunft - Gesellschaftliche Veränderung wahrnehmen und gestalten“ ganz bewusst auf die Agenda gesetzt. Sie treibt die Frage um, ob Inklusionsschulen gelingen können. Wie ist der Status Quo beim Thema Inklusion in Deutschland? Welche Lösungsansätze existieren, diesen gesellschaftlichen Missstand zu verändern?

Das Konzept der Ideenwerkstatt beruht gänzlich auf den Ideen und der didaktischen Aufbereitung mehrerer Workshops durch die Schülerinnen und Schüler. In verschiedenen Workshops werden große, anfangs undurchschaubare Debatten aufgearbeitet, heruntergebrochen und gemeinsam Lösungen entwickelt, um gesellschaftliche Veränderung wahrzunehmen und diese in Zukunft neu zu gestalten.

Nicht nur Inklusion


Die Ideenwerkstatt beinhaltet einen Workshop über den demografischen Wandel in Deutschland, welcher unsere Gesellschaft vor Herausforderungen stellt und Generationenkonflikte massiv befeuert. Inhaltlich beschäftigten sich die Schülerinnen und Schüler darüber hinaus mit den Vereinten Nationen. Weiterhin setzen sich die Teilnehmenden mit dem sie im Besonderen betreffenden Thema Noten und Schulsystem auseinander. Dieses begegnet der Frage, ob Noten in unserem heutigen Bildungswesen noch nötig sind und erarbeiten Lösungsansätze, wie entsprechende Bildungsziele umgesetzt werden können. Im Zuge des Kriegs in Nahost findet in Deutschland ein Erstarken des Antisemitismus statt und stellt uns alle vor die Herausforderung, diesen zu erkennen, entsprechend zu reagieren und sich dem entgegen zu setzen. Wie der Schriftzug „Nie wieder“ – der die zahlreichen Plakate der Anfang dieses Jahres über Wochen andauernden Demonstrationen gegen Rechtsextremismus zierte – in der Prävention von Antisemitismus gewertet werden kann und wie der Umgang mit Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft bestenfalls erfolgt, sind Kernthemen weiterer Workshops.

Behinderung im Schulalltag

Ein gelungener Abschluss des vielen Gelernten ist das am Sonntag geplante Tagungsprogramm: Eine Diskussionsrunde mit FDP-Politiker Martin Hagen und SPD-Politikerin Christiane Feichtmeier. Die Schülerinnen und Schüler verbalisieren in dieser Debatte ihre Ängste und Sorgen. Deutlich wird die gewaltige Last der weltweiten Krisen auf junge Menschen und die mentalen

Auswirkungen dessen. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber hinaus, dass politische Bildung ein wichtiger beeinflussender Faktor für die Teilhabe sowohl am gesellschaftlichen Diskurs als auch im nahen sozialen Umfeld ist und zur Bestärkung der politischen Meinungsbildung führt. Es wird deutlich, dass eben doch nicht jeder und jedem der Zugang zur politischen Bildung gleichermaßen ermöglicht ist. Die alles entscheidende Frage bezogen auf Inklusionsschulen: Inwiefern erreicht man Förderschulklassen? Sind sie ganzheitlich ausgeschlossen von politischer Bildung? Die in der Diskussion angebrachten Argumente zeigen die derzeit ableistischen Strukturen an Schulen auf. Es ist kein Wunder, wie wenig Berührungspunkte die meisten Menschen mit behinderten Menschen im Alltag habe, da das Leben von behinderten Menschen andernorts stattfindet als das der Mehrheitsbevölkerung. Nicht nur fehlt es sowohl an medialer als auch politischer Repräsentation – die fehlende Teilhabe ist ein fundamentales Menschenrecht, das behinderten Menschen verwehrt bleibt und von den derzeit aufgebauten Strukturen des Bildungssystems erheblich nicht beachtet wird. Ein Perspektivwechsel der Mehrheitsbevölkerung ist notwendig, um die Lebensumstände behinderter Menschen in ihrem Alltag zu verbessern. Doch der Perspektivwechsel, die Empathie und die Aufmerksamkeit bleiben aus. Vielen fällt es schwer, sich in das Leben behinderter Menschen hineinzusetzen. Vor allem dann, wenn es an Berührungspunkte im Alltag fehlt.

Bildung der Kinder

Die „Bildung der Kinder ist unsere Zukunft“ hieß das Statement der SPD-Politikerin am Ende der Debatte. Deshalb müsse in diese Bildung außerordentlich investiert werden. Die Tagung, die Gespräche der Jugendlichen zusammen mit den Erwachsenen zeigen auf, welche Bedeutung der politischen Bildung zugeschrieben werden muss. Und vor allem: Regelschulen müssen inklusiver werden, um alle zu inkludieren und jeder Person zu ermöglichen, an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu können. 

Johanna Vogler

Faktenwissen

Behinderung

spielt im Alltäglichen eine größere Rolle als man denkt, denn **9,6%** der **Gesamtbevölkerung** haben eine Schwerbehinderung. Das betrifft **7,8 Millionen Menschen in Deutschland**¹. EU-weit ist einer von vier Erwachsenen von Behinderung betroffen². **Weltweit** leben **schätzungsweise 650 Millionen Menschen**, davon **200 Millionen Kinder**, mit Behinderung. Der Großteil (80 Prozent) leben in Ländern mit **geringem Einkommen**³.

Rund 5%

der Behinderungen **sind erblich bedingt**. In den restlichen Fällen werden die Behinderungen im Laufe des Lebens erworben⁴.

Armut

Jeder **fünfte Mensch mit Behinderung ist arm**. Besonders betrifft das **junge** Menschen. Während behinderte Menschen teils lediglich einen Anspruch auf einen **Stundenlohn von 1,35 Euro** haben, machen **Behindertenwerksstätten** jährlich einen Umsatz von **acht Milliarden Euro**⁵.

Quellennachweise

¹ https://www.gemeinsam-einfach-machen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/UN_BRK/Zahlen_und_Fakten.pdf?__blob=publicationFile&v=2

² <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/disability-eu-facts-figures/>

³ https://filminstitut.at/wp-content/uploads/2020/07/disabilities_deutsch.pdf

⁴ https://www.gemeinsam-einfach-machen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/UN_BRK/Zahlen_und_Fakten.pdf?__blob=publicationFile&v=2

#AbleismusTötet ist eine Initiative von Journalistinnen und Journalisten und Expertinnen und Experten **zur Aufklärung von struktureller Gewalt** und mehreren Ermordungen von Menschen mit Behinderung in vollstationären Wohn-einrichtungen. Das Recherche-projekt umfasst 218 Betroffene in 40 Einrichtungen. Die Rede ist von 79 Täterinnen und Tätern⁶.

Ableismus

ist der Begriff, der für die **Bezeichnung der strukturellen Diskriminierung**, Einstellungen und Handlungen gegenüber Behinderten verwendet wird⁸.

17%

der Menschen **mit Behinderung** erleiden im Laufe ihres Lebens Gewalt. Bei Menschen **ohne Behinderung** liegt die Quote⁷ bei

8%

52%

der Menschen **fühlen sich** aufgrund ihrer Behinderung ungerecht oder **schlechter behandelt und diskriminiert**.

⁵ <https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-12/ungleichheit-armuts-quote-behinderte-paritaetischer-gesamtverband>
<https://www.nachrichtenleicht.de/teilhabebericht-2021-100.html>

⁶ <https://ableismus.de/toetet/de>

⁷ <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/disability-eu-facts-figures/>

⁸ <https://www.bpb.de/themen/inklusion-teilhabe/behinderungen/539319/ableismus-und-behindertenfeindlichkeit/#no-de-content-title-1>

GENERATIVE KI UND DEMOKRATIE

Wie politisch sind ChatGPT & Co.?

Welche Herausforderungen bedeuten Werkzeuge generativer Künstlicher Intelligenz für das demokratische Gemeinwesen? Bieten die aktuellen Regulierungsansätze auf EU-Ebene die richtige Antwort? Und wie lässt sich das Thema zielgruppengerecht in Veranstaltungen der politischen Bildung aufgreifen?

Diese Fragen standen im Blickpunkt einer Kooperationsveranstaltung mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Bayerischen Volkshochschulverband. Die Ausgangsfrage war jedoch: „Wie funktioniert das eigentlich?“. Dies erklärte Gregor Walter von Kids-Lab, einer außerschulischen Bildungseinrichtung in Augsburg zur Förderung digitaler Bildung von Kindern und Jugendlichen.

„Menschen-ähnlich“

Große Sprachmodelle („LargeLanguageModels“) wurden mit einer großen Datenbasis programmiert. Sie können „Menschen-ähnliche“ Texte und Antworten erstellen und viele Aufgaben in natürlicher Sprache bewältigen. Die Grundlage für die Arbeit dieser Modelle besteht darin, auf Basis von Wahrscheinlichkeiten das nächste Wort vorherzusagen, erklärte Walter. Als Datenbasis dafür dienen

Internetinhalte, Bücher usw. Das „GPT-Alignment“ ermöglicht es, die KI in Richtung bestimmter menschlicher Erwartungen zu steuern, etwa mit Blick auf ethische Standards. Dies geschieht beispielsweise durch unterschiedliche Bewertung verschiedener Datenquellen oder der Einbindung von Rückmeldungen, führte Walter aus.

Für die Ethikerin Niina Zuber vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) betrifft generative KI existenzielle ethische Fertigkeiten: Was geschieht mit unserer Urteilskraft? Was geschieht mit unserer Autorschaft und Identität? Was geschieht mit unserer Emotionalität? Und was geschieht mit unserer Kommunikation?

Kann ChatGPT moralisch sein?

Zuber erklärte bei dieser Gelegenheit die jeweiligen Grundbegriffe, zum Beispiel „Urteilskraft“. Ihre Ausführungen mündeten in der Frage: „Kann ChatGPT moralisch sein?“. Sie verwies auf Forschungen, die mit Blick auf die von generativer KI hergestellten Texte zu dem Ergebnis kommen, dass moralische Konflikte und Dilemmata oft nicht hinreichend besprochen werden. Außerdem würden metaethische Haltungen ausgeklammert. Dies sei von Bedeutung für die Demokratie, denn ChatGPT tangiere die demokratische Diskurskultur, erklärte Zuber. Demokratie besteht nicht nur im Wahlakt, sondern begründe eine deliberative Lebensform. Ein Beispiel für die Auswirkungen von generativer KI auf die Diskurskultur behandelte Jutta Jahnel vom Karlsruher Institut für Technologie. Ihr Thema waren die Gefährdungen der Demokratie durch Desinformation.



Rollenspiel zu KI in der Schule

Fotos: Winterer (APB)



Niina Zuber über KI und demokratische Diskurskultur

Irreführung einfach und kostengünstig

Methoden zur Manipulation und Generierung von Medieninhalten gibt es schon seit langem. Neu ist jedoch, dass durch KI die Erstellung irreführender Informationen und Deepfakes einfacher, kostengünstiger und für jedermann zugänglich geworden ist, führte Jahnel aus. In Zukunft werden die Gefährdungen zunehmen, sagte Jahnel, zumal hochentwickelte Chatbots wie ChatGPT Texte hervorbringen können, die der menschlichen Sprache verblüffend ähnlich sind. Neben den negativen Auswirkungen auf die Stabilität des politischen Systems gehören die

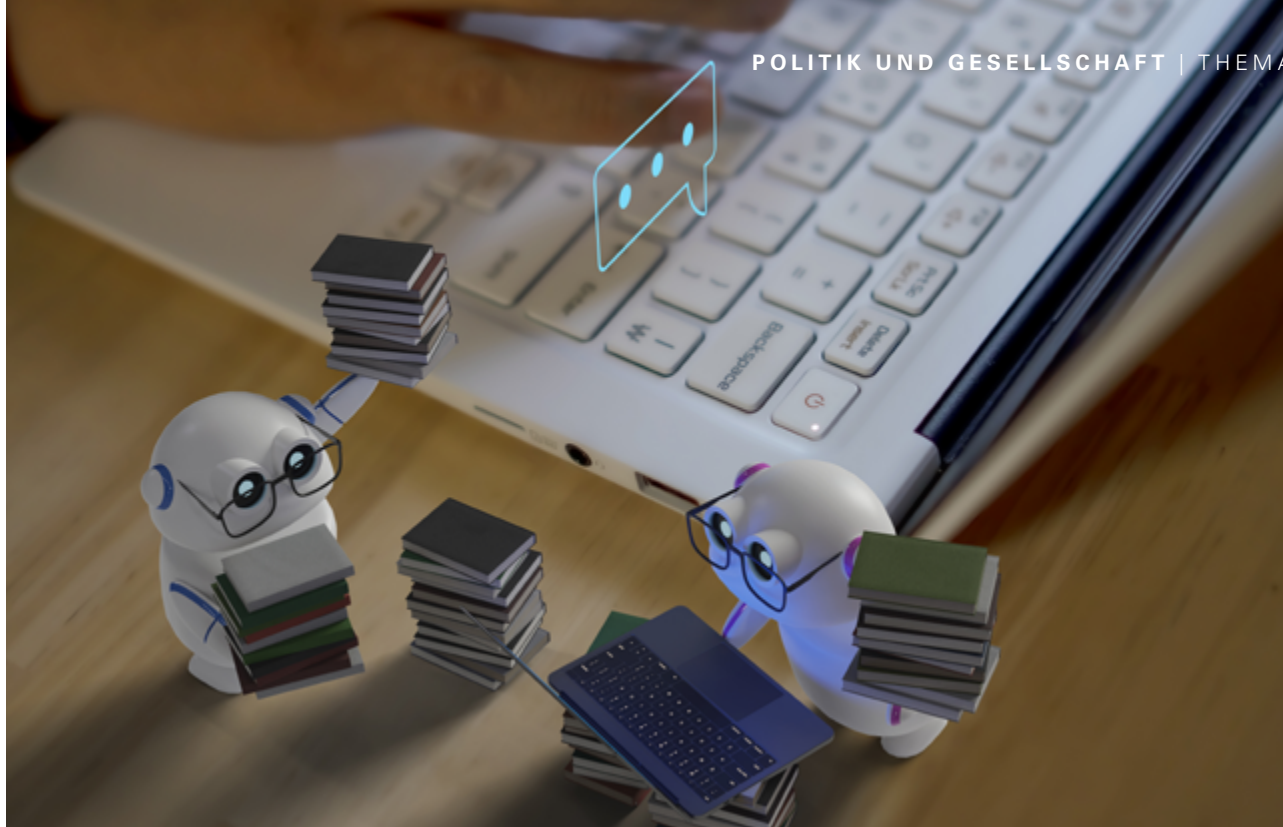


Foto: iStock_ mesh cube

psychischen Folgen von Manipulation sowie wirtschaftliche Gefahren, etwa durch Betrug, zu den Risikodimensionen von KI generierter Desinformation.

KI-Gesetzgebung der EU

Wie schafft man nun ein „transparentes und sicheres Onlineumfeld“? Genau dieses Ziel hat sich die Rechtssetzung der EU auf die Fahnen geschrieben, schilderte Julian Jaurisch von der Stiftung Neue Verantwortung. Im Blickpunkt steht dabei zunächst das EU-Gesetz über digitale Dienste („Digital Services Act“). Es reguliert etwa die Entfernung illegaler Inhalte von Online-Plattformen, legt Beschwerdewege fest und schafft Transparenzregeln für die Online-Plattformen, zum Beispiel hinsichtlich von Empfehlungssystemen und Werbeeinblendungen.

Transparenzregeln für KI-Systeme

Mit dem EU-Gesetz zur künstlichen Intelligenz („AI Act“) werden Transparenz- und Rechenschaftsregeln auch für KI-Systeme festgeschrieben. Der Ansatz ist risikobasiert, wie Jaurisch ausführte. Besonders risikoreich ist demnach der Einsatz von KI-Systemen in den Bereichen kritische Infrastrukturen, Bildungs- und Gesundheitswesen. In diesen Feldern gelten besonders strenge Voraussetzungen. Aber können die KI-Transparenzregeln der EU in der Praxis auch wirklich Transparenz herstellen? Kann man zum Beispiel beweisen, ob ein Mensch oder KI einen Text produziert hat? „Man kann den Einsatz von KI nicht beweisen“, antwortete die Informatikerin Debora Weber-Wulff von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Sie stellte dabei die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Technology & Academic Integrity“ des European Networks for Academic Integrity vor. Zu den Ergebnissen gehörte, dass man mittels Detektoren nicht zuverlässig erkennen könne,

ob Texte von KI oder von einem Menschen produziert worden sind. Gegen Vorwürfe im Kontext des Einsatzes von KI könne man sich nicht verteidigen. Weber-Wulff plädierte daher dafür, die Systeme nicht im Bildungskontext einzusetzen.

Genau diese Frage, der Einsatz von KI im Bildungssystem, war Thema eines Rollenspiels mit den Teilnehmenden der Tagung. In einem fiktiven Fall soll an einer Schule ein KI-System installiert werden, welches womöglich zu einem produktiveren Lernumfeld führt. Die Tagungsteilnehmer versetzen sich je nach Auslosung in die Rolle der Lehrkräfte, der Schulleitung, der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern und debattierten Vor- und Nachteile. Eine weitere bei der Tagung vorgestellte Methode zur Behandlung des Themas generative KI im Rahmen der politischen Bildung befasste sich mit dem AI Act. Dieser nimmt bestimmte Risikowertungen vor, die sich auf die Strenge der Voraussetzungen zur Einführung auswirkt. Die Risikostufen des EU-Gesetzes sind inakzeptable Risiken, hohe Risiken, begrenzte Risiken und minimale Risiken. Die Tagungsteilnehmer diskutierten zunächst ihre eigenen Risikoeinschätzungen. Darauf wurden die konkreten Vorkehrungen des AI Acts damit abgeglichen.

Risikostufen des AI Acts

Welche Risikostufe hat zum Beispiel die Bewertung von Prüfungsleistungen mithilfe von KI (im AI Act: hohes Risiko) oder eine KI-basierte Suche nach Gerichtsurteilen zur Lösung einer Rechtsfrage (ebenfalls hohes Risiko)? Jegliche Form von sozialer Bewertung von Menschen durch Regierungen mittels KI gehört zu den inakzeptablen Risiken, KI-basierte Videospiele oder Spamfilter gehören laut AI Act zu den minimalen Risiken.



Gero Kellermann

POLITISCHE TEILHABE VON FRAUEN

Pionierinnen in der Politik

Um Frauen, die mächtig etwas bewegt haben, geht es in Heike Spechts Buch „Die Ersten ihrer Art: Frauen verändern die Welt“. Politische Teilhabe von Frauen ist immer noch keine Normalität, sondern eher die Ausnahme. In Kooperation mit „FidiP e.V. — Frauen in die Politik“ fand im April eine Lesung mit der Autorin Heike Specht an der Akademie für Politische Bildung statt.

„You can't be what you can't see“

Im Zentrum des Buchs stehen Politikerinnen, die die Ersten in ihren jeweiligen politischen Ämtern waren. Simone Veil, Margaret Thatcher, Angela Merkel oder Kamala Harris: Sie alle eroberten ihren Platz in einer Männerwelt und veränderten sie Stück für Stück. Das Buch zeigt nicht nur eindrücklich, was fehlt, wenn Frauen nicht mit am Tisch sitzen, sondern auch wie sie in den letzten hundert Jahren gegen Widerstände an die Spitze gelangten und neue Themen setzten.

Während sich Frauen immer noch rechtfertigen müssen („Wie wollen Sie Beruf und Familie unter einen Hut bringen?“), ist männliche Herrschaft nicht erklärungsbedürftig, sondern selbstverständlich. Wenn eine Frau eine Machtposition anstrebt und Gestaltungswillen zeigt, wird sie argwöhnisch begutachtet, ein Mann hingegen bewundert. Es wird immer noch mit zweierlei Maß gemessen, was dazu führt, dass Frauen sich mehr in Frage stellen als ihre männlichen Zeitgenossen.

Wie kann die politische Teilhabe von Frauen erhöht werden?

Vorbilder sind zentral, damit Frauen den Schritt in die Politik wagen. Eine Veränderung der teils toxischen Arbeitskultur im politischen Geschäft ist unabdingbar (Stichwort: Sitzungs- und Redezeiten). Wenn Politik weiblicher wird, können sich Strukturen und Spielregeln so ändern, dass sich Frauen nicht abgeschreckt fühlen. Die institutionellen Stellschrauben, die es vermögen, den Anteil von Frauen in der Politik zu erhöhen, sind längst bekannt: die Quote oder gar Paritätsregelungen können Fakten schaffen (vorausgesetzt man meint es ernst).

Darüber hinaus spielen Netzwerke und Solidarität eine entscheidende Rolle – im besten Fall parteiübergreifend. Schließlich sind die Faktoren, die Frauen aus der Politik fernhalten, oftmals gesamtgesellschaftlicher Natur und keine Frage der politischen Couleur. Daher braucht es dringend einen Schulterschluss über die Parteien hinweg, inklusive den Männern, die erkannt haben, dass mehr Frauen in der Politik bessere Politik bedeutet. „Lasst uns mutig sein!“ meint dazu Heike Specht.



Giulia Mennillo



Buchtipp

Die Ersten ihrer Art
– Frauen verändern die Welt – (1918 bis heute)
Heike Specht, PIPER-Verlag,
€ 12,00 [D], € 12,40 [A]
Erschienen am 28.03.2024,
384 Seiten, Broschur
EAN 978-3-492-32054-2



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Anja Opitz diskutierte in München mit Benedikt Franke von der Münchner Sicherheitskonferenz über das Thema Sicherheit im globalen Superwahljahr 2024. An der Evangelischen Akademie in Tutzing hielt sie einen Vortrag über den Zusammenhang zwischen globaler Gesundheit und Sicherheit.

Dr. Giulia Mennillo hielt beim 48. Congress der Controller in München einen Vortrag zum Thema „Standortpolitik“. Bei der Kooperationsveranstaltung „Perspektive Oberfranken“ der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. mit der Frankenpost/Neue Presse Coburg referierte sie in Hof als Gastrednerin über die Vereinbarkeit von Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit. Im Rahmen vom „Klimacafé“ wurde sie als Impulsgeberin eingeladen, zur Rolle der EU in der Klimakrise zu sprechen.

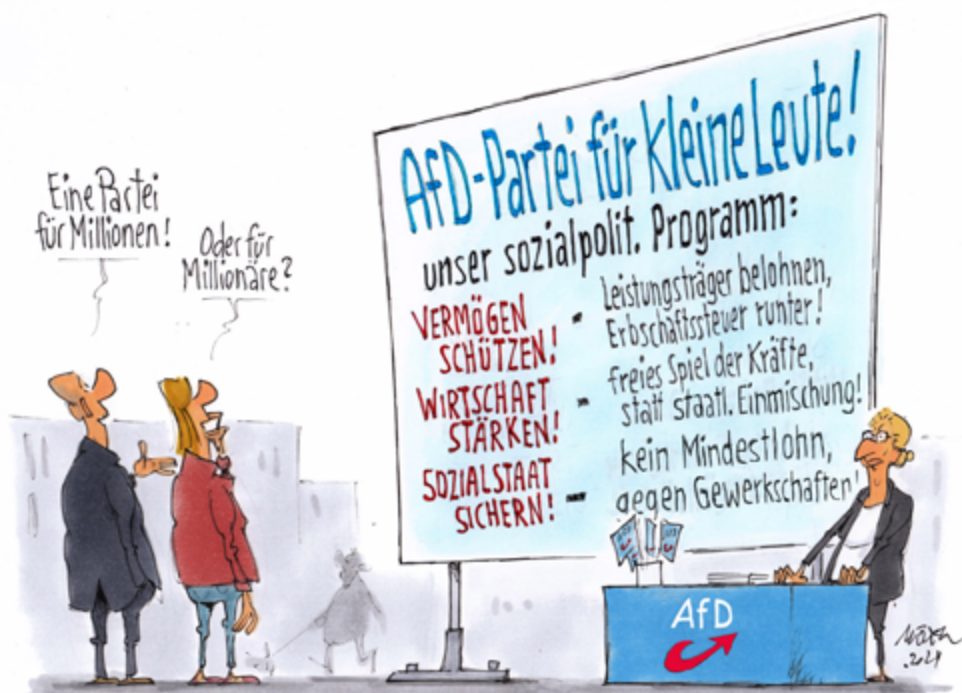
Dr. Saskia Hieber hielt eine Gastvorlesung für das Rachel Carson Center for Environment and Society der Ludwig-Maximilians-Universität über „China – U.S. Relations in the Indo-Pacific Security Architecture“. Sie diskutierte „Taiwan – Demokratie zwischen den Fronten“ in München (für die Veranstaltungsreihe ‚Das bunte Kultursofa‘).

Dr. Kinza Khan hielt einen Vortrag im Rahmen der Integrata Akademie Public Reihe zum Thema Künstliche Intelligenz und Gerechtigkeit. Ferner ordnete sie zum einen für das ARTE Journal das Video ein, auf dem rechtsextreme und rassistische Parolen zu dem Song „L'Amour toujours“ gegrölt wurden. Und im Weiteren für das Radio Oberland das Thema Verschwörungen bei Jugendlichen.

Dr. Gero Kellermann diskutierte mit zwei zehnten Klassen der Wilhelm-Röntgen-Realschule in Neuperlach den Menschenwürdegrundsatz des Grundgesetzes anhand von konkreten Fällen (er bietet ähnliche Aktionen, zum Beispiel zur Gestaltung der „Verfassungsviertelstunde“, im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten auf Anfrage gerne für alle Schulformen und Jahrgangsstufen an). Deutschland Funk Nova sendete zum Grundgesetzjubiläum seinen Vortrag „Wie sich das Grundgesetz verändert hat“. Beim Kinderradio Feuerwerk war er Interviewpartner zum Thema Entstehung des Grundgesetzes.

Dr. Andreas Kalina sprach im Rahmen des Rohrer Forums der Ackermann-Gemeinde zum Thema „Kosmopoliten versus Kommunitaristen? Wie Populismus und Europaskeptizismus unsere Gesellschaft spalten“. In Stuttgart nahm er als Redner und Podiumsgast an der Diskussion „20 Jahre EU-Osterweiterung – Erwartungen, Euphorie, Ernüchterung“ teil. In Murnau debattierte Kalina über „Europa der Zukunft“ und an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt analysierte er anlässlich der Europawahl die „Macht und Ohnmacht des Europäischen Parlaments“.

Dr. Michael Mayer hielt an der Universität Augsburg einen Vortrag zur Frage, was wir aus der Geschichte des Holocaust in Frankreich für die aktuelle Stärke der französischen Rechtspopulisten sowie den angestiegenen Antisemitismus in Frankreich lernen können.



ERKENNTNISSE AUS DER TAGUNG

Hommage an das (Süß-) Wasser

Sowohl die Einblicke und der Diskurs im Rahmen der Tagung als auch die Ergebnisse des UN-Weltwasserberichts lassen durchblicken, dass der Zugang zu Wasser für alle ganz und gar nicht selbstverständlich ist. So wird deutlich, dass eine ausreichende Gewährleistung von Wasserversorgung dem weltweiten Frieden, der Bekämpfung von Armut und dem Wohlstand aller zugutekommt.

Menschen, die in Küstengebieten wohnen, verfügen über bessere körperliche und geistige Gesundheit. Das zeigen Studien. Wasser ist eine Ressource, die erheblich für Glück und Zufriedenheit von Menschen verantwortlich ist.

Darüber hinaus gelten die Studien nicht nur für Meeresgebiete, sondern für Wassergebiete generell: Seen, Bäche oder Flüsse. Die Vielfalt von Wasser ist enorm. Zwei Drittel unserer Erdoberfläche bestehen aus Wasser, hauptsächlich Meere und Ozeane. Während wir Salzwasser in rauen Mengen auf der Erde finden (97,5 Prozent), besteht nur ein kleiner Anteil aus trinkbarem Süßwasser (0,075 Prozent). Eisberge, Wasserfälle, Strömungsbewegungen von Flüssen und Meeren, leichter oder starker Regen, Wolken, Nebel – betrachtet man die vielen unterschiedlichen geographischen Zonen der Welt, so erhält man ein vielfältiges Bild.

Überlebenswichtiges Gut

Evolutionenpsychologisch ist die zuvor erwähnte Korrelation zwischen Wohlbefinden und Wasserressourcen sinnvoll, da das Überleben der Menschen vom Zugang zu nährstoffreicher Trinkversorgung abhängig ist. Hingegen ist Salzwasser nicht immer gut für den menschlichen Körper. Eine Injektion mit Salz führt zu einer Überlastung der biochemischen Prozesse im Körper. Man kann von zu viel Salz sterben. Nur mithilfe von Süßwasser kann der Mensch letztendlich überleben. Das zeigt, Süßwasser stellt ein kostbares überlebenswichtiges Gut dar. Ein Fakt, der mitunter im Alltäglichen schnell vergessen wird.

Fun-Fact: Die diesjährig stattgefundene Europameisterschaft in Deutschland ist nicht nur besonders in der Fußballgeschichte. Es stellt ein Beispiel dar, welches die alltägliche aber alles andere als unwesentliche Herausforderung zeigt, Wasserversorgung durchgehend für alle Bürgerinnen und Bürger jederzeit sicher zu stellen trotz Stoßzeiten, in welchen hohe Überlastungen herrschen. Die Erhebungen des Unternehmens und Dienstleiter Gelsenwasser, welche die Aufgabe erfüllen Trink-, Abwasserwasser und Energieversorgung bereitzustellen, zeigen grafisch die Zusammenhänge zwischen Wassernutzung in den Halbzeitpausen und in der Zeit während der Halbzeit. Mit der hohen Überlastung der Wasserleitungen in der Zeit der Unterbrechung des Spiels, müssen Infrastrukturen der Wasserversorgung ebenfalls zurechtkommen, entsprechend vorbereitet und wenn nötig nachgerüstet werden.

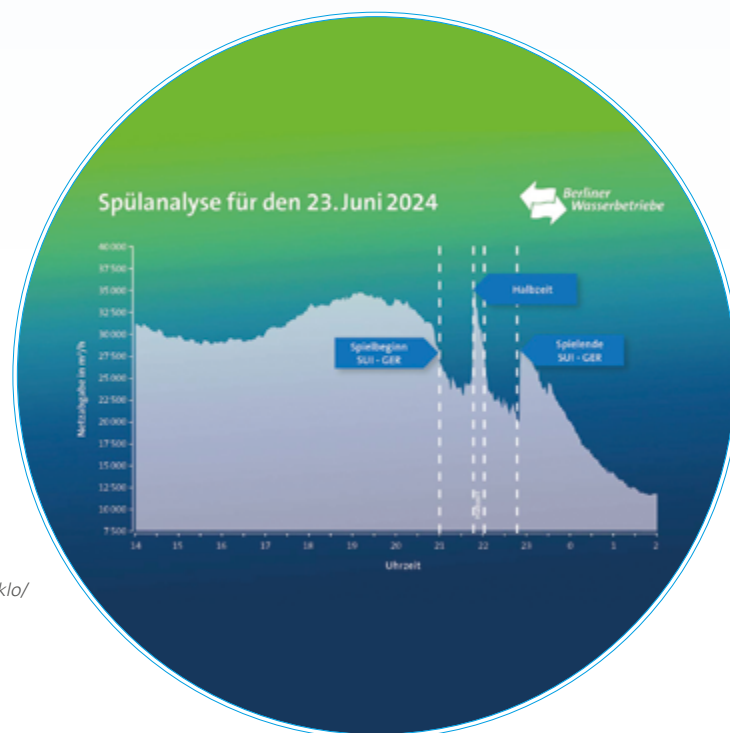
Quelle: <https://www.gelsenwasser-blog.de/in-der-halbzeit-rennen-alle-aufs-klo/>

Kritische Infrastruktur

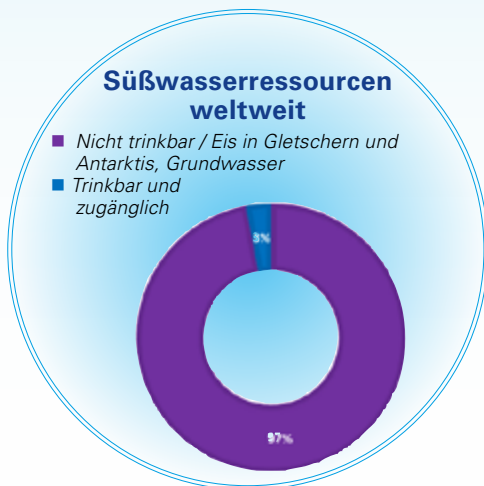
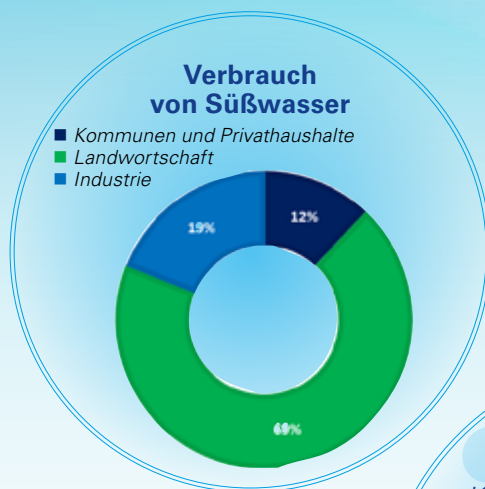
Am Besten im diesem thematischen Gebiet weiß das wohl Frau Prof. Dr. Hilliges. Sie ist promovierte Wasserwirtschaftlerin und daher Expertin rund um das Thema Wasserversorgung. Im Rahmen der Ingenieurtagung unter Leitung von Ursula Münch und Gero Kellermann, welche ich im Zuge meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Praktikantin und Tagungsassistentin begleiten durfte, zeigte Rita Hilliges in ihrem spannenden Vortrag mit dem Titel „Schutz der Wasserversorgung“ auf, wie gut und gleichzeitig aufwendig die Wasserversorgung in Deutschland ausgestattet ist. Wasserversorgung soll durchaus als kritische Infrastruktur begriffen werden, welche geschützt und im Krisenfall bewahrt werden müsse. Frau Prof. Hilliges verdeutlicht ihren Zuhörerinnen und Zuhörern, wie wertvoll die Ressource Wasser ist.

Zugang zu Wasser für alle

Die Nutzung des Wassers in unserem Alltag beschränkt sich garantiert nicht nur auf Trinkwasser. Es sind vor allem Tätigkeiten wie Körperpflege, Wäschewaschen, Abwasch, die Betätigung der Klospülung und Reinigung im Haushalt, die zu einem durchschnittlichen täglichen Wasserverbrauch von



128 Litern – wohlgerneht trinkbarem - Wasser führen. Nur ein geringer Anteil beschränkt sich dabei auf Kochen und Trinken. Das kann Messungen des statistischen Bundesamts entnommen werden. Die genannten 128 Liter Wasser müssen zunächst dem Grundwasser entzogen werden, in Wasserleitungen transportiert, in Kläranlagen aufbereitet und gereinigt werden mit dem Ziel, alle Haushalte gleichmäßig und zu jeder Zeit bestenfalls mit optional warmem Wasser zu versorgen. Es ist eine systemische Frage und Aufgabe politischer Akteure, alle Menschen einer Gesellschaft ausreichend und jederzeit mit Trinkwasser zu versorgen und Wasserversorgungsinfrastruktur zu garantieren. Das bedeutet den Bau und Erhalt entsprechender Aufbereitungsanlagen und Wasserleitungen sicherzustellen. Zudem muss der Schutz des Grundwassers garantiert werden.



Standort und Wohlstand

Während wir uns im privilegierten Deutschland glücklich schätzen können, dass dieser aufwendige Prozess für uns selbstverständlich ist, sieht das in anderen Teilen der Welt ganz anders aus. Wie knapp das Wasser wird, ist also eine Frage des Standortes und des Wohlstands. Der UN Weltwasserbericht 2024 zeigt, die Hälfte der Weltbevölkerung ist saisonal bedingt betroffen von Wasserknappheit. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser bleibt 2,5 Milliarden Menschen verwehrt. Zusätzlich: 3,5 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sanitärer Grundversorgung. Thematisch zeigt der Bericht die Zusammenhänge zwischen Frieden, Wohlstand und Wachstum. Gesundheit, Bildung und Beschäftigung werden positiv beeinflusst durch die Verbesserung von Wasserversorgung. Schrittweise kann soziale Ungleichheit abgebaut und Frieden gesichert werden durch den Ausbau grundlegender Wasserinfrastrukturen.

Multiple Krisen

Selbst Deutschland wird vermutlich nicht von Versorgungsengpässen verschont bleiben, denn Krisen wie die Klimakrise, Kriege, Konflikte, Pandemien und der steigende Wasserbedarf der Weltbevölkerung verschärfen die Situation und machen auch nicht Halt vor dem Land des Überflusses. Die gute Nachricht: Europa ist ein positives Beispiel für die Verteilung von Wasserressourcen und internationale Kooperation. Wobei nicht unerwähnt bleiben soll, dass europäische Staaten durch massive Importe von Rohstoffen wie Baumwolle und Rindfleisch den Wasserverbrauch ins Erhebliche steigern. Dennoch ist die gemeinsame Zusammenarbeit beispielhaft. Es wird garantiert, dass

Wasserversorgung in allen Teilen von Europa sichergestellt ist. Vor allem auch in solchen Gebieten, die über wenig Grundwasser- und anderweitige Wasserressourcen verfügen. Der Zugang zu Wasser ist demnach eine Folge aus solidarischem Verhalten. Erkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Die Erkenntnis, dass Wasser ein universelles Menschenrecht und ebenso wertvoll wie alltäglich sein sollte, kann ein treibender und motivierender Gedanke sein, wenn wir in Zukunft sowohl über die Verteilung von Wasser und nachhaltige Wasserbewirtschaftung als auch den Umgang mit kritischen Infrastrukturen diskutieren und in Politik mitbestimmen.



Johanna Vogler

Hintergrundfoto Wasser: iStock_Gun2becontinued



Karten: Archiv, Luca Klein (APB), iStock_Jiripravda, Komposing: Karin Klemm-Vollmer

Wertegeleitete Außenpolitik? Endstation Sahel

Seit 2012 engagierten sich Frankreich, die EU und die UN immer stärker militärisch in Afrikas Sahelregion. Nach den Militärputschen in Guinea, Burkina-Faso, Mali und Niger endete zum 31. Dezember 2023 MINUSMA – die wohl wichtigste UN-Friedensmission in Afrika – und gleichsam auch die Ära westlicher Einsätze in der Region? Was bleibt und was sind die Lehren und Folgen für Europa?

Allein seit 2020 haben neben dem Sudan auch der Tschad und die ehemals engen westlichen Partnerstaaten Niger, Mali, Burkina-Faso und Guinea Militärputsche erlitten. Solche Entwicklungen zeigen einen scheinbar strukturellen Schwund ziviler oder gar demokratischer Regierungen in Afrikas Sahelregion. Diese – ebenfalls sehr heterogene – Zone, mal nur mit Westafrika assoziiert, mal als Bezeichnung für eine vom Atlantik bis zum Roten Meer unterhalb der nordafrikanischen Staaten reichende Aneinanderreihung von Ländern verstanden, verwächst in den letzten Jahren zunehmend mit einem anderen Begriff: Dem sogenannten Coup belt.

Während die Umstände in Sudan und Tschad eher allein- stehend zu betrachten sind, kennzeichnet die Entwicklungen der anderen Staaten eine dezidierte Abkehr von

europäischen Interventionen, insbesondere von Frankreichs Anspruch, weiterhin als Sicherheitsgarant für seine ehemaligen Kolonien aufzutreten.

Dies wurde insbesondere ab 2012 deutlich. Nachdem sie lange Zeit in die Streitkräfte des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi eingebunden waren, zogen zahlreiche Tuareg-Nomaden in die nördlichen Regionen Malis. Ihrer Tätigkeit und ihres Einkommens beraubt, richteten Tuareg-Milizen nun ihren kritischen Blick auf die malische Regierung in Bamako. Wie bereits drei weitere Male zuvor entbrannte ein Unabhängigkeitskampf um Malis Norden, wo die Tuareg einen eigenständigen Staat Azawad errichten wollten. Nicht nur scheiterten diese Bestrebungen vergleichsweise schnell (2014), sondern ihre zunächst eroberten Gebiete fielen bald in die Hände islamistischer Milizen, die den Kampf bis heute fortsetzen und über Malis Grenzen hinaus nach Burkina-Faso, Niger und mittlerweile gar Togo und Benin geführt haben.

UN-Friedensmission MINUSMA

In diesem Kontext berief 2013 der UN-Sicherheitsrat die Friedensmission MINUSMA ein. Die hehren Ziele des Einsatzes ließen sich aber bis zum finalen Abzug aus Mali Ende 2023 nicht ansatzweise realisieren. Die Islamisten wurden nicht entscheidend zurückgedrängt, die Zivilbevölkerung nicht nachhaltig geschützt und die Menschenrechte spätestens mit dem Militärputsch 2020 zurückgesetzt.

MINUSMAs Reputation litt außerdem unter der engen Verquickung der UN-Mission mit den, in der Zivilbevölkerung sehr unbeliebten, französisch-geführten Opération Barkhane (Militärmission in Mali und am Tschadsee), mit der EUTM Mali (Ausbildungsmission der EU), der EUCAP Sahel Niger (Ausbildungsmission, Befähigung zur Terrorismusbekämpfung) und EUCAP Sahel Mali. Nur die letztgenannte Mission ist heute noch im Land erwünscht. Alle anderen Missionen wurden bereits beendet, haben sich in den Tschad zurückgezogen oder laufen 2024 final aus. Obwohl jedem Einsatz stets eine offizielle Einladung der Regierungen Malis, Nigers oder Burkina-Fasos vorausging, haben die Militärputsche in allen betroffenen Ländern zu einer Abkehr von Europa geführt.

Linktipp:

Diese, und weitere Themen rund um die Region des Mittleren- und Nahen Ostens diskutierten unter anderem Thomas Demmelhuber (FAU Erlangen-Nürnberg), Hager Ali (GIGA Hamburg), Wolfgang Mühlberger (Menalytics Wien) und das Team von Middle East Minds, Berlin im Rahmen einer Tagung an der Akademie für politische Bildung. Einen ausführlichen Bericht dazu auf unserer Homepage.



Aktuelle Entwicklungen im Nahen Osten
bit.ly/MENA-Region

Wertegeleitete Außenpolitik

Wie ist dies zu erklären? Scheinbar ist es für europäische Nationen ja durchaus möglich, auch autokratische Regime und gar Militärregierungen der Region zu den engsten Partnern zu zählen: Frankreich unterstützt das tschadische Regime fast bedingungslos, ohne dort ein demokratisches Pflänzchen wachsen zu sehen.

Im globalen Wettstreit mit prägenden Autokraten in Peking und Moskau, haben sich europäische Regierungen allerdings spätestens seit 2022 ein konstant wertengeleitetes außenpolitisches Auftreten geben wollen. Um Konsistenz im Systemwettstreit beweisen zu können, wurden Regierungen in Niger, Burkina-Faso und Mali öffentlich deshalb zu Partnern erklärt, weil sie ebenfalls Demokraten seien. Der französische und damit mittelbar auch europäische und UN-Einsatz in der Region ketete sich somit eng an das Überleben dieser Regierungen.

Letztlich überlebte keine dieser „demokratischen“ Regierungen. Keiner gelang es, den jihadistischen Vormarsch aufzuhalten. Keiner gelang es, die horrend hohen Armutsquoten zu senken (beispielsweise lebten vor dem Coup 2022 in Burkina-Faso 84,65 Prozent der Bevölkerung von weniger als 7 Dollar pro Tag). Alle hingegen wiesen laut dem Corruption Perception Index mit die weltweit höchsten Korruptionsraten auf. Aufgrund des schlechten Outputs verloren die Regierungen an Legitimität, obwohl sie rein rechtlich demokratisch gewählt worden waren.

Auch wenn historisch gesehen Militärregierungen im Sahel keinen besseren sozioökonomischen Fortschritt einleiten konnten als korrupte zivile Regierungen, so erfreuten sich alle Staatsumstürze doch recht breiter Unterstützung in der Bevölkerung. Nicht selten kommt es gar zum Putsch im Putsch – besonders, wenn auf die Dissolution des vorherigen Regimes keine schnelle Reformation der Staatsgewalten folgt. Was bleibt also nun von den zahlreichen pro-demokratischen und anti-jihadistischen Interventionen, den Ausbildungsmissionen und MINUSMA? Stand 2024 genießen die Militärregierungen noch immer einen hohen Vertrauensvorsprung, in Mali ist seit 2014 (75 Prozent) die Unterstützung für eine demokratische Staatsführung auf nur noch 39 Prozent zurückgegangen. Während europäische Nationen jetzt also zunehmend in Kooperation mit den etwas südlicher gelegenen Ländern am Golf von Guinea versuchen ihre Interessen in der Region durchzusetzen – man denke an Migration, Klimaschutz und weiterhin Terrorismusbekämpfung – sollte das Narrativ der Demokratie-Partnerschaft dort vermieden werden, wo gewählte Regierungen schlicht keinerlei Output für die Bevölkerung schaffen und Putsche damit günstigen Nährboden finden. Die Präsenz tausender Afrika-Korps (früher Wagner Gruppe) in Burkina-Faso und Mali zeigt, wer ein Vakuum füllt, werden europäische Nationen einmal des Landes verwiesen.

Andererseits muss die Zukunft des Sahel auch keine rein militärische sein. Im Senegal taten sich Anfang des Jahres starke anti-französische Strömungen hervor und siegten letztlich – in einem hart erkämpften aber doch demokratischen Prozess.



Luca Klein



Fotos: iStock_Shellex, PeterEtchells, Vesna Boskovic Vekic, Retusche: Karin Klemm-Vollmer

GERÄT DIE EU AN IHRE GRENZEN?

Ukraine, Moldau, Georgien: die Zukunft der Osterweiterung

Ende 2023 hat die Europäische Union beschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau zu eröffnen und Georgien in den Kreis der Beitrittskandidaten aufzunehmen. In diesen Ländern herrscht seitdem Optimismus. Doch die Erfahrungen der Kandidaten auf dem westlichen Balkan sind ernüchternd.

Ein Kaffee für Viktor Orbán hat den Weg freigemacht für Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine. Beim EU-Gipfel in Brüssel verließ der ungarische Ministerpräsident und Dauerblockierer im entscheidenden Moment den Raum und ermöglichte so den übrigen 26 Staats- und Regierungschefs, einstimmig abzustimmen. Gleichzeitig mit der Ukraine hat die Europäische Union auch die Beitrittsverhandlungen mit Moldau eröffnet und Georgien den Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Damit befinden sich die drei postsowjetischen Staaten auf der Überholspur. Ihre Beitrittsgesuche haben sie erst nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Frühling 2022 eingereicht. Nun sind sie im Prozess weiter als manche Staaten des westlichen Balkans, die sich seit vielen Jahren um eine EU-Mitgliedschaft bemühen.



Julia Ciric-Betz über die Frage, wie nah sich die EU und Serbien heute stehen



Marie-Janine Calic erörtert die Komplexität des Westbalkans in der euroatlantischen Integration



Arpine Maniero und Khatia Kikalishvili über Armenien und Georgien, Ukraine und Moldau

Zwischen Euphorie und Kriegsgefahr

„Ich erkenne mein Land nicht wieder“, sagt Khatia Kikalishvili vom Zentrum Liberale Moderne. Die gebürtige Georgierin beobachtet in der Bevölkerung einen großen Optimismus rund um einen möglichen EU-Beitritt. Dabei wird das Land seit 2012 von der Partei Georgischer Traum regiert, einem Oligarchen-Clan um den ehemaligen Premierminister Bidsina Iwanischwili. Er und seine Partei sabotieren den EU-Beitritt. Zuletzt haben sie mit dem Gesetz über „ausländische Agenten“ den Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeschränkt. Kikalishvili hofft, dass es im Oktober gelingt, die Regierung friedlich abzuwählen und durch eine proeuropäische zu ersetzen. „Ansonsten bleiben wir hinter einem dunklen Vorhang“, ist sie überzeugt.

Zumindest was die politische Führung betrifft, ist die Republik Moldau einen Schritt weiter. Mit Maia Sandu hat das Land eine proeuropäische Präsidentin. Sie kämpft vor allem darum, die verschiedenen ethnischen und politischen Gruppen unter einen Hut zu bringen. Neben einem Teil der Bevölkerung, der sich als Moldauerinnen und Moldauer identifiziert, existieren große prorumänische und prorussische Gruppen. In der Region Transnistrien sind etwa 2000 russische Soldatinnen und Soldaten stationiert, ein heißer Konflikt wie in der Ukraine scheint nicht ausgeschlossen. „Aber die EU kann Transnistrien genug Anreize bieten, um sich nicht für die russische Seite zu entscheiden“, sagt Kikalishvili.

Ukraine wäre größte Netto-Empfängerin Europas

Für die Ukraine wiederum sei ein EU-Beitritt die einzige Chance, sich an den Westen zu binden und den Bürgerinnen und Bürgern Freiheit zu garantieren. Die EU-Integration ist längst in der Verfassung verankert. Allerdings kämpft das Land nicht nur gegen den Angreifer Russland, sondern auch gegen die Korruption der eigenen Eliten. Hinzu kommt, dass in der Ukraine 36 Millionen Menschen leben – mehr als auf dem gesamten westlichen Balkan. Bei einem Beitritt wäre sie die größte Netto-Empfängerin innerhalb der Europäischen Union. Das bereitet selbst Staaten wie Polen und Deutschland Sorgen, die den Beitritt grundsätzlich unterstützen. „Niemand hat die Illusion, dass die EU-Beitritte morgen passieren, es ist ein langer Weg. Die Länder müssen sich reformieren“, betont Khatia Kikalishvili. Sie schlägt vor, dass bereits Beitrittskandidaten an den EU-Gipfeln teilnehmen, ohne ein Stimmrecht zu bekommen, um die Arbeit im Europäischen Rat kennenzulernen und europäische Prozesse mitzudenken.


Ernüchterung auf dem westlichen Balkan

Auch Marie-Janine Calic bremst die Erwartungen der postsowjetischen Staaten auf einen schnellen EU-Beitritt. Die Professorin für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München verfolgt die Beitrittsprozesse der Staaten auf dem westlichen Balkan seit Beginn und spürt vor Ort vor allem Ernüchterung. Zwar betone der Europäische Rat immer wieder, dass alle Staaten Südosteuropas potenzielle EU-Mitglieder sind. Seit Kroatien im Jahr 2013 wurde allerdings keiner mehr aufgenommen. „Die Länder haben teilweise schmerzhaft Reformen durchgeführt, für die sie die EU nicht belohnt hat. Das bremst weitere Reformen und schadet der Glaubwürdigkeit der EU und des Beitrittsprozesses“, sagt Calic.

Nordmazedonien beispielsweise hat den eigenen Landesnamen geändert, um Konflikte mit Griechenland aus dem Weg zu räumen. Nun blockiert Bulgarien die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und fordert die Anerkennung der bulgarischen Minderheit in der Verfassung. „Das hat nichts mit den Kopenhagener Kriterien zu tun. Das ist Bilateralismus“, betont Calic.

Ist die EU noch aufnahmefähig?

Sie sieht das Hauptproblem der EU im vierten Kopenhagener Kriterium, dem „vergessenen Kriterium“, wie sie es nennt. Dieses betrifft nicht die Entwicklung der Beitrittskandidaten, sondern die Aufnahmefähigkeit der EU selbst. „Die EU ist aktuell nicht aufnahmefähig oder -willig“, sagt Calic. Unter anderem streiten die Mitglieder seit Jahren über die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat. Dieser muss unter anderem in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der EU-Finzen und der EU-Erweiterung einstimmig beschließen, was regelmäßig zu Verzögerungen führt. Khatia Kikalishvili hofft, dass die neuen Präsidentinnen und Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats die Abschaffung der Einstimmigkeit auf die Tagesordnung setzen. „Die EU darf nicht Jahrzehnte reformiert werden, bevor weitere Beitritte möglich sind. Das muss Hand in Hand gehen“, fordert sie.

Viktor Orbán lässt sich seine Brüsseler Kaffeepause übrigens teuer bezahlen. Nur wenige Stunden später forderte er für den Verzicht auf sein Veto im Europäischen Rat die Freigabe von rund 30 Milliarden Euro, die die Europäische Union wegen Rechtsstaatsmängeln in Ungarn einbehalten hatte. 

Beate Winterer



Martha Schmidt bespricht mit der Gruppe, ob die Europäische Union bereit ist für die Ukraine.



Jan Claas Behrends und Philipp Bittner im Diskurs über die Entwicklung der post-sozialistischen Staaten seit dem Mauerfall

Linktipp:



Osteuropa und die NATO
bit.ly/osteuropa-nato

Fotos: Emmerich (APB)

NACH 30 JAHREN FREIHEIT

Eine neue Ära am Kap

Westliche Perspektiven auf neue Entwicklungen im Globalen Süden gleiten schnell in bevormundende Handlungsempfehlungen ab.

Zum 30-jährigen Jubiläum der ersten freien Wahlen Südafrikas sollte mit diesem Muster gebrochen werden. Anerkennung und Bewunderung sind das Gebot der Stunde – ein Kommentar.



Fotos: iStock_Chinnapong

Die siebten nationalen und Provinzwahlen im demokratischen Südafrika haben für ein politisches Erdbeben gesorgt. Bislang konnte noch immer der erste Wahltermin 1994 gewissermaßen als Endpunkt einer jahrzehntelangen Befreiung des Landes vom Joch des Apartheidsystems betrachtet werden. Immerzu im Sinne der ehemaligen Befreiungsbewegung, jener Partei, die seit 1994 Südafrika mit einer absoluten Mehrheit regierte und auch acht von neun Provinzen durch Alleinregierungen kontrollierte: Der African National Congress (ANC).

Eine Bilanz nach 30 Jahren Freiheit

Am 29. Mai 2024 traten 60 Millionen Südafrikanerinnen und Südafrikaner allerdings in eine vollkommen neue politische Ära ein und strafte den ANC an den Wahllokalen drastisch ab. Nachdem die ehemalige Partei von Friedensnobelpreisträger und Ikone Nelson Mandela bereits seit einem Hoch von 69,39 Prozent 2004 in allen landesweiten Wahlen einen stetigen Rückgang der Wählerinnen- und Wählerunterstützung auf schließlich 57,5 Prozent im Jahr 2019 zu verzeichnen hatte, kam es nun zu einem regelrechten Fiasko für den ANC und Präsident Cyril Ramaphosa. Nur mehr rund 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler machten ihr Kreuz neben einer Regierungspartei, der es zwar gelungen ist, das wohl breiteste und kompetenteste Sozialleistungsnetz Afrikas aufzubauen und in manchen Teilen des Landes eine schwarze Mittelschicht zu fördern, bei der Mehrzahl der relevanten Politikfelder allerdings wenig vorzuweisen hat. Die Arbeitslosigkeit pendelt seit Jahren zwischen 30 Prozent und 40 Prozent, die Kriminalitätsrate in der Johannesburger Innenstadt kann nur noch von der in den Cape Flats oder eThekweni – dem früheren Durban – übertroffen werden. Sozioökonomische Ungleichheiten sind nirgends auf der Welt stärker ausgeprägt als in Südafrika. Städte wie Kapstadt, Johannesburg oder Tshwane zeichnen sich gleichermaßen durch bettelarme Gegenden mit horrenden Kriminalitätsstatistiken, korrupter Polizei, defekter öffentlicher Infrastruktur und fehlenden Jobs, als auch durch aufstrebende Viertel und Suburbs aus, in welchen das Versprechen einer Regenbogen-Nation tatsächlich Realität wird.

Die bisherige Größe des ANC kann in mehrerlei Hinsicht als Teil des Problems, wenn nicht gar als Kern-Übel Südafrikas verstanden werden. Vielbesprochen, deshalb aber nicht minder relevant ist der hohe Grad an Missbrauch von Geldern und Ämtern durch ANC-Funktionärinnen und Funktionäre, die ihre Partei mit dem Staat gleichsetzen. Südafrikas Score im Corruption Perception Index verschlechterte sich während der ersten Amtsperiode der Ramaphosa-Präsidentschaft nochmals, obwohl durch den Bruch mit Ex-Präsident Jacob Zuma die korruptesten Elemente die Partei verließen. 30 Jahre unentwegte Alleinregierung hat diese systematische Korruption befeuert. Darüber hinaus ging und geht mit der enormen elektoralen Breite des ANC auch ein ideologisches Problem einher. Während manche

Oppositionsparteien zumindest in der Lage sind, einen kohärenten Plan für das Land entlang jeweiliger Prinzipien zu zeichnen, vereint der ANC immer noch Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger mit teils sehr konträren Ansichten. Vielmehr als eine gemeinsame Vision hält die Aussicht auf Macht im schlechtesten Falle oder das einstige gemeinsame Ziel der Befreiung des Landes von der National Party im besten Falle die Partei zusammen. Kommunismus und Neoliberalismus existieren nebeneinander. Der zunehmende Zerfall des ANC in neue, unterschiedlich ausgerichtete Parteien ist demnach nur konsequent und demokratisch gesund. Schlechtere Wahlergebnisse für die Mutterpartei somit folgerichtig.

Systemtransformation 2.0

Politisch und politikwissenschaftlich interessant ist jedoch in erster Linie die Art und Weise der sich soeben vollziehenden Transformation des südafrikanischen Parteiensystems. Die vorherrschende eurozentristische Perspektive von Medien und Wissenschaft sieht in den nun in drei Provinzen und landesweit verhandelten Koalitionsregierungen einen vollkommen logischen nächsten und längst überfälligen Schritt. Zweifelsohne ist diese Entwicklung demokratiethoretisch wünschenswert, sie ist allerdings alles andere als alternativlos. Ehemalige Befreiungsbewegungen haben im südlichen Afrika noch nie ihre Vormachtstellung in einem geregelten Prozess aufgegeben. In Namibia und Botswana bestand schlicht noch nie die Notwendigkeit, genießen die jeweils dominanten Parteien doch noch immer überwältigende Unterstützung in der Bevölkerung. In Simbabwe hat die Regierungspartei ZANU-PF das politische System hingegen ausgehöhlt, checks & balances geschwächt und Oppositionelle von Wahlen ausgeschlossen. In Angola und Mosambik prägt das stark militarisierte Erbe eines Zweikampfes zwischen verschiedenen Befreiungsbewegungen noch immer das Parteiensystem. Friedliche Machttransitionen haben weder die MPLA in Angola noch FRELIMO in Mosambik zugelassen. Auch in einem breiteren globalen Kontext ist das südafrikanische Beispiel einmalig. Die in den 1990er Jahren ausgehandelte Verfassung erweist sich heute als nicht nur außerordentlich progressiv. Die in ihr verankerten, unabhängigen Institutionen haben trotz 30 Jahre andauernder Dominanz des ANC und ohne demokratische Vorerfahrungen standgehalten. Der Rechtsstaat ist intakt und unabhängig. Der ANC hat sich ohne Widerstand dem Willen des Volkes gebeugt und das Wahlergebnis anerkannt. Während der Westen vor allem darauf versteift scheint, den ANC nun dazu aufzufordern, nur ja die richtige Entscheidung bei den mittlerweile abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen für die eine und gegen die andere Partei zu treffen, darf in diesem historischen Augenblick die zentrale Lehre nicht aus den Augen verloren werden:

Südafrikas Demokratie ist entgegen aller Widrigkeiten lebendiger denn je und muss nicht den Vorbildern anderer Länder folgen – sondern ein solches Vorbild überhaupt erst schaffen.



Luca Klein

Marienerscheinung in der Gedenkstätte?

Gegenwart und Zukunft der Erinnerungskultur in Deutschland

Geläutert sollen die Besucherinnen und Besucher die Gedenkstätte zur Erinnerung an vergangene Verbrechen verlassen. Am besten sogar eine Art Marienerscheinung haben, so dass selbst Nazis flugs zu überzeugten Demokraten werden. So könnte man, überspitzt formuliert, die Erwartungen von Politik und Gesellschaft an die Gedenkstätten zusammenfassen.

In der Tutzingen Tagung wurden eine Reihe von besonderen aktuellen Herausforderungen für die erinnerungspolitische Arbeit der Gedenkstätten identifiziert. Am meisten beschäftigte die Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Einrichtungen, wie auf den Aufstieg des Rechtspopulismus reagiert werden sollte, der die Grundlagen der Erinnerungskultur in der

Um aber die aktuellen Herausforderungen, vor denen Gedenkstätten heute stehen, besser einschätzen zu können und Lösungen für die Zukunft der Gedenkstättenarbeit zu finden, trafen sich in Tutzing Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Einrichtungen zur Erinnerung an die NS- bzw. die SED-Diktatur. Sie berichteten von ihren Erfahrungen etwa in den Gedenkstätten Dachau, Ravensbrück und Sachsenhausen, wobei die in Ostdeutschland angesiedelten Einrichtungen auf eine doppelte Verfolgungsgeschichte während der NS-Zeit bzw. als sowjetische Speziallager nach 1945 zurückblicken konnten.

Der Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, Axel Drecol, verwies dabei auf die teils widersprüchlichen Erwartungen an die Einrichtungen zur Erinnerung an vergangene Verbrechen. Diesen werde als Gedenkorte eine politische Funktion für die Erinnerungskultur zugeschrieben. Zugleich aber sollten sie als Lernorte auch die gesellschaftliche Aufgabe der politischen Bildung bzw. der Demokratieerziehung erfüllen. Teilweise im Widerspruch dazu stünde die Rolle der Gedenkstätten als Forschungseinrichtungen zur Verbrechensgeschichte, die dadurch auch als wissenschaftliches Korrektiv zu fungieren hätten. Vor allem die den Gedenkstätten zugeschriebene Funktion als Lernorte zur „Läuterung“ der Besucherinnen und Besucher stünde dabei im Gegensatz einerseits zum Postulat einer kritischen wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit und andererseits zu ihrer Funktion als Orte, an denen keine Wahrheiten oder Meinungen, sondern ein (selbst-)kritisches Geschichtsverständnis vermittelt werde.


Bundesrepublik in Frage stellt. Ziel müsse es dabei sein, den Besucherinnen und Besuchern von Gedenkstätten Werte zu vermitteln, ohne vorzuschreiben, was die Menschen zu denken hätten. Es sollte also die Selbstreflexion gefördert werden, um die Besucherinnen und Besucher ihre eigenen Schlussfolgerungen innerhalb eines demokratischen Rahmens ziehen zu lassen. Vom Aufstieg des Rechtspopulismus sind ostdeutsche Gedenkstätten noch massiver betroffen als westdeutsche Einrichtungen. Der Leiter der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt, Jochen Voit, berichtete dabei etwa von den konkreten Auswirkungen von rechtspopulistischen Protestkundgebungen auf die gedenkstättenpädagogische Arbeit seiner Einrichtung.

Die von Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten beabsichtigte Verengung von Erinnerung auf nationalheroische Erzählungen steht dabei im Gegensatz zu den jüngsten Entwicklungen der Erinnerungskultur, die transnationaler, vielfältiger und inklusiver geworden ist. Dem tragen Gedenkstätten wie die Dokumentation Obersalzberg und andere Einrichtungen dadurch Rechnung, dass die Ausstellungstexte etwa in verschiedenen Sprachen verfasst sind oder auch Führungen für gehörlose Menschen angeboten werden. Der Leiter des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, Imanuel Baumann, ging indes nicht davon aus, dass es besonderer Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund bedürfe. Seiner Ansicht nach sei die Geschichte etwa der NS-Diktatur für jüngere Menschen so weit entfernt, dass es mittlerweile


keinen Unterschied mehr mache, wo eine Person aufgewachsen und welchen familiären Hintergrund sie habe.

Kennzeichen moderner Gedenkstättenarbeit sind mittlerweile diversere Zugänge zu den behandelten Themen einerseits und den angesprochenen Zielgruppen andererseits. Sven Riesel von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten schilderte die Entwicklung digitaler Angebote in der Stiftung von ihrem Beginn an seit circa 2000 bis in die Gegenwart. Trotz für die damalige Zeit guter und unterschiedlicher Angebote, vor allem auf der Website der Stiftung und im Sammlungsbereich, brauchte es – wie bei vielen anderen Kultureinrichtungen – erst einen durch die Corona-Pandemie ausgelösten Innovationsschub, den die Stiftung im Bereich der Digitalisierung und Digitalität bis heute ausgebaut hat. Zudem fördert die Stiftung sachsenweit entsprechende Projekte. Beispielhaft dafür stellte Alina Gündel vom Alternativen Kultur- und Bildungszentrum Pirna die von dieser Einrichtung betriebene Online-Plattform gedenkplaetze.info vor. Als Dokumentations- und Vermittlungsangebot im digitalen Raum bietet diese Plattform vermittelt geographischer Barrierefreiheit die Möglichkeit, sich über zahlreiche NS-Verfolgungsorte auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen zu informieren. Annkathrin Richter, die eine weitere sächsische zivilgesellschaftliche Initiative vertrat (Riebeckstraße 63 e. V. aus Leipzig), schilderte den Aufbau eines Erinnerungsortes mit Bezug auf Opfergruppen, die lange Zeit in der bundesdeutschen Erinnerungskultur nicht oder nur marginal berücksichtigt wurden. Dazu zählen während des

Nationalsozialismus verfolgte Sinti und Roma, als „asozial“ ausgrenzte Menschen mit deviantem Verhalten wie Obdachlose oder Arbeitslose sowie (vermeintlich) geschlechtskranke Frauen, die zu DDR-Zeiten am gleichnamigen Ort zwangseingewiesen wurden. Ein besonderes Augenmerk der Stiftung Sächsische Gedenkstätten liegt auf der Weiterentwicklung von inklusiven Bildungsangeboten. Melanie Wahl von der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein berichtete von der Entwicklung und Durchführung eines Peer-Projektes an der Gedenkstätte, die an die Opfer der NS-„Euthanasie“ erinnert. Das Peer-Projekt entstand in einer Kooperation zwischen der AWO Sonnenstein GmbH und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Getreu dem Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention „Nicht ohne uns über uns“ wurde gemeinsam mit Menschen mit Lernschwierigkeiten ein inklusives Bildungsangebot in klarer Sprache für die Gedenkstätte konzipiert und die Projektteilnehmenden zu Besucherreferenten ausgebildet.

Insgesamt ist die Erinnerung an die Vergangenheit also in einem Wandel begriffen, da sich die Erinnerungskultur und die Gedenkstättenarbeit in einer beständigen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung formen. Jede Generation sucht dabei ihren eigenen Umgang mit der Vergangenheit und interpretiert diese neu. Nicht zuletzt dadurch bleibt die Vergangenheit letztlich unvorhersehbar. 

Markus Pieper, Sven Riesel und Michael Mayer



3. Juni 2011: Denkmal in Westerbork; Niederlande: Jeder einzelne Stein stellt eine einzelne Person dar, die in Westerbork geblieben war und in einem Nazi-Lager gestorben war. Das Durchgangslager Westerbork war ein nationalsozialistisches Flüchtlings-, Internierungs- und Durchgangslager im Zweiten Weltkrieg.



Spitzenkandidatin der europäischen Grünen Terry Reintke im Gespräch mit Manfred Weber, Spitzenkandidat der CSU




Impulsvortrag des Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof



Akademiedirektorin Ursula Münch im Gespräch mit dem Publikum

Podiumsdiskussion zur Europawahl

Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament organisierte die Akademie mit der Europa-Union München und weiteren Kooperationspartnern am 10. Mai 2024 eine Diskussionsrunde in der Katholischen Akademie in Bayern. Auf dem Podium debattierten der Spitzenkandidat der CSU Manfred Weber und die Spitzenkandidatin der europäischen Grünen Terry Reintke über aktuelle Fragen der Europäischen Union. Eingeleitet wurde der Abend mit einem Impulsvortrag des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof von der Universität Heidelberg. Kirchhof appellierte: „Wir müssen dieses Europa bewusst erleben“. Dieser Wahlakt müsse ein Integrationsakt sein. Reintke sagte:

„Es ist ganz wichtig, dass von dieser Wahl ein Impuls ausgeht, dass die Europäerinnen und Europäer sagen, wir wollen außen- und sicherheitspolitisch enger zusammenarbeiten.“ Dafür sollte endlich das Einstimmigkeitsprinzip abgeschafft werden. Weber stimmte dem zu: „Der jetzige Lissabon-Vertrag sieht die Einstimmigkeit vor. Aber wenn die Blockade da ist, wenn eine Einigung nicht gelingt, darf sich Europa nicht vom Langsamsten aufhalten lassen“. Dann müssen wir auch andere Rechtskonstrukte finden, sagte Weber. 

Gero Kellermann

Fotos: Agency People Image, Michael Tinnefeld

Putins Freunde in Asien

Nach dem Besuch in Nordkorea im Juni 2024 reiste Präsident Putin nach Vietnam weiter. Russland scheint in Asien mehr Freunde zu haben als im Westen vermutet.

Foto: iStock_Harvepimo

Der russische Präsident Wladimir Putin reiste im Juni 2024 nach Nordkorea und wurde in der Hauptstadt Pjöngjang vom Obersten Führer (Eigennamen) der Demokratischen Volksrepublik Korea, Kim Jong-un, mit großem Pomp empfangen. Putin und Kim unterzeichneten Partnerschafts- und Beistandserklärungen. Russland ist außerhalb der westlichen Sanktionswelt ein Exporteur von Energie und Rohstoffen, Waffen- und Raketentechnologie, nicht nur in Asien. Nordkorea unterstützt Russland. Kim und Putin trafen sich im Herbst 2023 im Russischen Fernen Osten (Eigennamen). Die Verbindungen zwischen Nordkorea und der ehemaligen Sowjetunion waren von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Verbindungen geprägt. Allerdings war dies der erst zweite Besuch Putins in Pjöngjang seit 24 Jahren. Es stellen sich folgende Fragen: Ist Putins Russland so isoliert, dass sogar Nordkorea als neuer und alter Partner wieder hofiert wird, oder ist es vielmehr der Fall, dass Russland mehr Freunde oder Unterstützer hat als im Westen wahrgenommen? Russische Raketen-, Nuklear- und Militärtechnologie ist begehrt.

Im Koreakrieg (1950-53) zählten die Volksrepublik China und die Sowjetunion gemeinsam als maßgebliche Partner Nordkoreas. Nach dem sowjetisch-chinesischen Zerwürfnis ab 1959 änderte sich die Sicherheitsarchitektur in Asien. Die Sowjetunion positionierte sich mit Vietnam und insbesondere auch wirtschaftspolitisch mit Indien gegen die Volksrepublik China, die sich mit Indiens Gegner Pakistan verbündete und Kambodscha gegen Vietnam unterstützte. Die Kim-Dynastie in Nordkorea indes lavierte sich zwischen Moskau und Peking mit einer Politik von betonter Eigenständigkeit und Priorisierung des Militärs erfolgreich zwischen beiden Machtblöcken hindurch.

Für die internationale und regionale Sicherheitspolitik 2024 fast wichtiger als Nordkorea ist jedoch Putins Weiterreise nach Vietnam. Das sozialistische Land ist ein traditioneller Partner Russlands, gehört zu den bedeutenden Wirtschafts- und

Produktionsstandorten Südasiens, ist maßgebliches Mitglied in der Staatengemeinschaft ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) und hat eine strategisch wichtige Lage im Südchinesischen Meer (Eigennamen) und im Westpazifik. Die Territorialkonflikte insbesondere mit der Volksrepublik China ließen vermuten, dass sich Vietnam, ähnlich wie die Philippinen, westlicher, amerikanischer Unterstützung annähern könnte. Die Volksrepublik China führte 1979 gegen Vietnam einen begrenzten Krieg. Es kam und kommt zu Zusammenstößen zwischen Fischer- und Küstenwachschiffen beider Länder. China hatte eine moderne Ölbohrplattform in Vietnams maritimer Wirtschaftszone positioniert.

Auf regionaler und internationaler Ebene und über die jeweilige bilaterale Partnerschafts- und Konfliktlage lässt sich jedoch feststellen: Russland (und China) haben mehr Freunde oder zumindest neutral Gesonnene als sich der Westen wünschen kann. Gemeinsam ist diesen Staaten eine kritische Haltung gegenüber den USA, die Betonung von Eigenständigkeit und die Weigerung sich von Russland und China zu distanzieren. Sich nicht dem Zwang ausgesetzt zu sehen eine Entscheidung zwischen Moskau/Peking oder Washington treffen zu müssen ist ein Narrativ der indopazifischen Region. Nicht nur Vietnam, auch das bevölkerungsreiche Indonesien lehnt eine deutliche pro-westliche Positionierung ab. Die Mächte des Globalen Südens (Eigennamen) und Regionalorganisationen wie BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und insbesondere die SCO (Shanghai Cooperation Organisation mit China, Russland, Zentral- und Südasiens) sind anti-westlich orientiert. Auch Indien betont seine Eigenständigkeit und profitiert von russischen Energielieferungen. Russland und China haben insbesondere in Asien langjährige Freunde. Die westliche Diplomatie ist gefordert.



Saskia Hieber

EIN WERKSTATTBERICHT

Digitalisierung(sprojekte) innerhalb der Akademie

Über die ersten zarten Anfänge der Digitalisierung innerhalb der Akademie ist bereits im Akademie-Report 01-2020 unter dem Titel „Der erste Wang-PC“ berichtet worden. Nun folgt ein Zwischenfazit.



Im Jahre 1983 hatte der vormalige Verwaltungsleiter Reinhold Baumgärtner (1921–2008) die wünschenswerte Entlastung der Buchführung durch einen Computer in die Diskussion eingebracht. Von da an stand „die Computerfrage“ regelmäßig auf der Tagesordnung von Akademiekonvent und -kuratorium. Im Herbst 1984 war es dann soweit: Es wurden zwei Personal Computer mit ausreichend großem Zentralspeicher für Adressverwaltung und Textverarbeitung angeschafft und im Sekretariatsbereich der Akademie in Dienst genommen.

Die Datenmengen und das Anforderungsprofil an die eingesetzte Hard- und Software wie auch an die EDV-Skills ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seither gewaltig angestiegen. Indes sind wir einer – zwischenzeitlich nach unseren spezifischen Bedürfnissen umfassend ausgebauten und weiterentwickelten – Anwendung seither noch immer treu geblieben: der Seminarverwaltungssoftware SEMINAR Eins.5 aus der im südhessischen Lampertheim ansässigen Software-schmiede Strassner Informatik GmbH; nach wie vor „die“ zentrale Anwendung für die organisatorisch-administrative Abwicklung unseres gesamten Tagungsbetriebs – von der

Adressverwaltung, über Tagungsplanung, Bewerbung, Bettenbelegung und Gästebetreuung bis hin zur statistischen Auswertung des Tagungsgeschehens.

Auch über „Digitalisierungsprojekte in der Akademiebibliothek“ war in unserem Report 04-2022 bereits zu lesen: Hier hielt der erste PC Ende 1993 Einzug. Ein zweiter vernetzter PC-Arbeitsplatz kam im Jahre 2000 hinzu. Darauf liefen Anwendungen wie etwa VLB Aktuell, das Munzinger-Archiv, die Zimpel-Pressedatenbank oder die Annotierte Bibliografie für die politische Bildung – damals noch auf CD-ROM. Als Bibliothekssoftware ist seit dem Jahr 2004 das Programm Alephino der Ex Libris Group, einem der Weltmarktführer für integrierte Bibliothekssysteme und Bibliotheksautomation, bei uns im Einsatz. Doch heute soll an dieser Stelle Einblick in die aktuellen Bemühungen der Akademie im Feld von Digitalisierung und digitaler Transformation gewährt werden. Ein Einblick, der sich nicht allzu sehr in technischen Details verlieren soll und eher den Charakter eines Werkstattberichts trägt – denn gerade auch hier gilt: panta rhei – alles fließt, ist im Werden...

Wie andernorts, so wurde auch die Akademie durch die Coronavirus-Pandemie von 2020ff. vor besondere

Herausforderungen gestellt: Zum einen mussten quasi über Nacht tragfähige Homeoffice-Lösungen angeboten und in die vorhandene IT-Infrastruktur integriert werden. Zum anderen mussten kurzfristig neue Online-Veranstaltungsformate entwickelt, zielgruppengerecht beworben und auf bzw. für entsprechende technische Plattformen wie etwa Zoom etc. konzipiert und realisiert werden; und das aus dem Stand heraus und unter schwierigen pandemischen Bedingungen. In dieser Zeit entstanden unterschiedliche Hybrid- sowie Online-Formate: So beispielsweise der Podcast „Akademie fürs Ohr“ oder reine Online-Angebote wie „Akademie am Abend“ oder die Veranstaltungsreihe „Demokratie im Gespräch“, die die Akademie in Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Bayerischen Volkshochschulverband durchführt.

Um auch digitale Veranstaltungen evaluieren zu können und von der rein analogen Tagungsevaluation weg zu kommen, wurden digitale Fragebögen konzipiert und die Online-Evaluation über die Plattform SurveyHero realisiert. Online-Evaluationen sind inzwischen als Standardverfahren etabliert. Auch im Feld von eLearning-Angeboten hat sich die Akademie engagiert, entstanden ist teils in Kooperation mit anderen Trägern der politischen Bildung das eLearning-Projekt „Politische Bildung in Zeiten der Krise“ für Lehrkräfte aus Bayern. Zudem sind die Aktivitäten der Akademie und ihres wissenschaftlichen Personals auf den sogenannten sozialen Netzwerken bzw. Kanälen wie etwa X, Facebook, LinkedIn und Instagram weiter ausgebaut und intensiviert worden.

Auch wurden innerhalb des laufenden Tagungsbetriebes in verstärktem Maß Versuche mit neuen Tools und Präsentationsformen unternommen: So etwa mit dem Event-Tool Slido, um die Partizipation und Interaktion mit dem Online-Publikum intensiver gestalten zu können.

Auf das massenhafte Vervielfältigen von Tagungsmaterialien wurde indes verzichtet; stattdessen werden die entsprechenden Unterlagen wo immer möglich über zugriffsgeschützte Cloudbereiche vorgehalten und berechtigten Personen per Zugangslink zur Verfügung gestellt. A propos Clouddienstleistungen: Inzwischen ist die Akademie auch offiziell akkreditierte Institution für die Nutzung der Clouddienste (BayernShare – Synch+Share) des Leibniz-Rechenzentrum (LRZ) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.


Der mit alldem verbundene Innovationsschub innerhalb der Akademie mündete nicht zuletzt auch in die Einsetzung der Arbeitsgruppe Digitalisierung im Mai 2022: Sinn und Zweck dieser AG bestand und besteht in der Identifizierung, Sammlung, Bündelung und Abstimmung von Digitalisierungsbedarf. Nur folgerichtig sind deshalb sämtliche Arbeitsbereiche des Hauses darin vertreten. Dabei konzipiert die AG Digitalisierungsprojekte nicht im luftleeren Raum, sondern baut auf Vorhandenem auf; wobei sämtliche akademieinternen Verfahrensabläufe auf dem Prüfstand stehen und auf – technikunterstützte – Optimierungsmöglichkeiten hin abgeklopft werden.

Nach intensiver Erörterung erfolgte inzwischen die Aufteilung der für unbedingt verfolgenswert eingeschätzten Digitalisierungsschritte in jene, die isoliert vorgenommen werden können und solche, welche einen integralen Ansatz erfordern. Die einzelnen Maßnahmen wurden ferner mit

Prioritätssetzungen versehen, und werden entsprechend ihrer Rangfolge sukzessive abgearbeitet: Ob es sich dabei nun um die Einführung von Kollaborationssoftware (wie beispielsweise Microsoft Teams, Google Workspace, Nextcloud oder Slack von Salesforce), um die weitere Digitalisierung von Verwaltungsverfahrensabläufen, der Arbeitszeiterfassung oder des Ticketverkaufs für spezielle Akademie(kultur)veranstaltungen handelt, die Digitalisierungs(wunsch)palette der Akademie ist vielfältig und reichhaltig.

Aktuell wird an der vollständigen Digitalisierung der hausinternen Genehmigungsdurchläufe gearbeitet: Das Freigabeverfahren für Tagungskonzeptionen, Programmflyer, Honoraranforderung für ReferentInnen und auch der Umlauf der Tagungsevaluationen wird im zentralen Seminarverwaltungsprogramm implementiert. Dabei werden schon bei der Dokumentenerstellung weitgehend die im Seminarverwaltungsprogramm hinterlegten Daten importiert, um diese – noch durch Menschen – zu prüfen und ggf. zu ändern. Wichtig ist zudem die rechtssichere Dokumentation dieser Prozesse, einschließlich der vorgenommenen Änderungen und Anmerkungen.

Die Zukunft wird noch mehr als heute auf mobilen Geräten stattfinden. Deshalb wird die IKT-Landschaft künftig noch stärker web-basiert sein. Das ermöglicht es, auch von unterwegs oder aus dem Homeoffice immer einfacher auf verschiedene Anwendungen und damit Daten und Informationen zugreifen zu können. Besonderes Gewicht wird bei allen aufgeworfenen und verfolgten Projekten naturgemäß auf den Datenschutz und die Konformität mit der DSGVO gelegt.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten: Die Akademie beschreitet den Weg ihrer digitalen Transformation „mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“; und damit ganz so wie der große Nationalökonom und Soziologe Max Weber (1864–1920) auf unvergleichliche Art das Wesen der Politik charakterisierte: „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ (Politik als Beruf. München und Leipzig/Tübingen, 1919/1992, S. 66/251f.). Das passt, wie ich finde, doch recht gut zu uns. 

Steffen H. Elsner



Foto: iStock_jmacer, Icons: Steffen H. Elsner, <https://www.flaticon.com/de/>

Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Humor fehlt, gerade in der Zeit von Krieg und Krisen. Warum das so ist und ob es einen Zusammenhang zu Phänomenen wie „Politische Korrektheit“ gibt, war das Thema eines von Elena Knerich moderierten Podiumsgesprächs, das die Direktorin **Prof. Dr. Ursula Münch** und der Kabarettist Bruno Jonas im Café Luitpold führten. Gelacht wurde dabei gelegentlich auch. Im Augsburger „DenkRaum“ unterhielt sich die Direktorin mit Rainer Maria Jilg bei reger Publikumsbeteiligung über Erklärungsansätze für die Popularität von Populisten und Extremisten. In einem Workshop des Bayerischen Landesamts für Statistik, in dem erörtert wurde, wie man mit Statistiken die Öffentlichkeit erreicht, sprach sie über Erscheinungsformen und Ursachen von Verschwörungsglauben. In ihrem Vortrag im Rahmen der „BürgerUniversität“ der Zeppelin Universität Friedrichshafen, der im Netz abrufbar ist (youtu.be/X7Wj4QFhHKQ) ging es

– wieder einmal – um die „Gefahren für die Demokratie“; dieses Thema wurde bei der Landesdelegiertenversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbunds Bayern konkretisiert auf „Starke Frauen – starke Demokratie“. In der Offizierschule des Heeres in Dresden sprach und diskutierte sie über die „Autokratisierung der Welt“. In Neustadt an der Weinstraße in direkter Umgebung des Hambacher Schlosses, wo im Mai 1832 sehr viele Menschen zusammengekommen waren, um für ein geeintes Deutschland, politische Grundrechte und ein solidarisch verbundenes Europa einzutreten, diskutierte die Direktorin u.a. mit dem Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Strobel, und dem Oberbürgermeister über die Auswirkungen von Verschwörungsglauben auf die Innere Sicherheit und die Demokratie.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung | Buchensee 1 | 82327 Tutzing | Tel. 08158/256-0 | Fax 08158/256-14
Internet: <https://www.apb-tutzing.de> | E-Mail: k.klemm-vollmer@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Kinza Khan (Ltg. Redaktion), Johanna Vogler, Luca Klein (Redaktion)
Karin Klemm-Vollmer (Layout und Gestaltung)

Layout-Konzept: Michael Berwanger | Agentur Tausendblauwerk | www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar | Blumenstraße 26 | 82407 Wielenbach | **Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.**